



Roland Gröschel

BUNT WIE DAS LEBEN

Projekte des Internationalen Bundes gegen
Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt –
Eine Dokumentation

SCHWARZ
ROT
BUNT

ib PRO DEMOKRATIE
UND AKZEPTANZ ●

Das Projekt wird gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

ib
Internationaler Bund

Impressum

Herausgeber:

Internationaler Bund · IB

Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.

Sitz: Frankfurt am Main

Vereinsregister: Nr. 5259

Werner Sigmund

Vorsitzender des Vorstandes

Verantwortlich:

Dr. Gero Kerig, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

(Vorstand für den Bereich Bildung und Soziale Arbeit)

Redaktion: Marion Reinhardt, Petra Tabakovic

Autor: Roland Gröschel

Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main

Telefon 069-94545-0

Fax 069-94545-280

Info@internationaler-bund.de

www.internationaler-bund.de

Fotos: Einrichtungen

**Mit Ihrer Hilfe können wir helfen. Unsere Arbeit ist als
gemeinnützig und förderungswürdig anerkannt. Spenden und
Förderbeiträge sind steuerabzugsfähig.**

Spendenkonten:

Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main

Kto.-Nr. 932 498 (BLZ 500 800 00)

Postbank Frankfurt am Main

Kto.-Nr. 120 162-604 (BLZ 500 100 60)

Das Projekt wird gefördert im Rahmen des Aktionsprogramms
„Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus,
Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Inhalt

Vorwort	1
Einleitung	2
Teil 1:	5
Schwarz-Rot-Bunt: Mehr als eine Kampagne	
Teil 2:	10
Gemeinwesenorientierte Projekte und lokale Netzwerke gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt	
1. BМécte in Schwerin	10
Das Projekt „Leben miteinander lernen“ und die Kooperation zwischen dem IB Schwerin und dem Club Schalom	
2. Alle an einen Tisch!	15
Schwarzenbeker Netzwerker gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt	
3. „Das Aufeinanderzugehen muss gefördert werden!“	22
Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus in Braunfels	
4. Farbe bekennen und die Öffentlichkeit sensibilisieren	28
Die Aktion Noteingang	
Teil 3:	31
Wissen und Handeln: Politische Jugendbildung und Deeskalationstraining	
1. Ein Ordner mit Folgen	31
Materialien zur politischen Jugendbildung	
2. Blick zurück nach vorn	39
Historisch-politische Bildungsarbeit und Integrationspädagogik in der Jugendbildungsstätte Hadamar	

3. Von den Mühen der Ebenen	46
Jugendbildungsarbeit konkret – ein Praxisbericht aus Bernau	
4. Gewaltfreiheit einüben	53
Deeskalationstraining in Bad Kreuznach	
Teil 4:	58
Kultur international	
1. „Woher jemand kommt, ist nicht entscheidend, was man aus der Verschiedenheit macht, das ist der Punkt“	58
Jugendkulturarbeit in Pirmasens über Grenzen hinweg	
Teil 5:	66
Erste Hypothesen	

Xenos, entimon, Civitas oder „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ sind die Namen der großen Programme, mit denen die Bundesregierung in den letzten Jahren auf die Zunahme rechtsextremer Handlungen und die Häufung fremdenfeindlicher Übergriffe in Deutschland reagierte. Projekte, die sich den Abbau von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, die Erziehung zur Demokratie und die Bekämpfung des Rechtsextremismus zum Ziel gesetzt haben, werden damit gefördert.

Der Internationale Bund (IB) als einer der großen Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit beteiligt sich von Beginn an mit vielfältigen regionalen und bundesweiten Projekten und Maßnahmen an diesen Programmen. In der Jugendhilfe, in der Berufsvorbereitung und Berufsausbildung, in Beschäftigungsprogrammen und in der Stadtteilarbeit sind bundesweit Maßnahmen verankert, die sich mit den Gefahren des Rechtsextremismus auseinandersetzen.

Der IB hat sich unter dem Motto „Schwarz-Rot-Bunt. IB Pro Demokratie und Akzeptanz“ zum Ziel gesetzt, engagiert für Solidarität und Partizipation einzutreten und sich aktiv gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt zu wenden. In diesem Rahmen unterstützt und fördert er die Umsetzung der Programme, qualifiziert seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und initiiert eine Vielzahl von Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

Darüber hinausgehend ist es für den IB von großem Interesse, die Ziele und Hand-

lungsansätze befristeter Programme zu vertiefen. Unter welchen Voraussetzungen können Ziele, Inhalte und Methoden der praktizierten Ansätze in den Regelprogrammen für Kinder und Jugendliche implementiert werden? Finden die programmatischen Zielsetzungen gesellschaftlicher Bildung, wie sie zum Beispiel in entimon benannt sind – Einübung von Toleranz, Bekämpfung von Gewalt, Übernahme von Verantwortung, Förderung demokratischen Handelns, Zivilcourage, Vermittlung politischer Grundbildung –, Eingang in die Regelarbeit? Das sind die Fragestellungen, die es zu evaluieren galt.

Mit dieser Veröffentlichung legen wir die Ergebnisse einer Explorationsstudie vor, die der IB im Rahmen des Programms „entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, gefördert vom BMFSFJ, durchgeführt hat. 10 Projekte aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands, die die Vielfalt der Handlungsansätze im IB widerspiegeln, wurden untersucht, um Erfolgsindikatoren der Wirksamkeit und Zielerreichung zu ermitteln.

Wir haben diese Studie als Dokumentation und Praxisbericht konzipiert, um einem breiten Adressatenkreis Hintergründe, Rahmenbedingungen und Projektverläufe vorzustellen. Die Ergebnisse der Untersuchung lassen erste Verallgemeinerungen und Schlussfolgerungen für die Praxis zu. Die Hypothesen zur Wirksamkeit und zu den Erfolgskriterien am Ende der Dokumentation eröffnen Strategien und Handlungsperspektiven für die Arbeit pro Demokratie und Akzeptanz.

*Marion Reinhardt und
Petra Tabakovic*

Wer in der Jugendarbeit, in Einrichtungen der Jugendhilfe, in der Schule, in pädagogischen Einrichtungen schlechthin mit Jugendlichen zu tun hat, wird in den letzten Jahren immer wieder mit jugendlicher Fremdenfeindlichkeit konfrontiert worden sein, mit rechtsextremen Sprüchen, Symbolen und Verhaltensweisen, manchmal sogar mit handfesten Gewaltakten. Immer wieder erweist es sich in der zu einem multikulturellen Zuwanderungsland gewordenen Bundesrepublik als ein schwieriges Unterfangen, Jugendliche, die aus unterschiedlichsten Kulturkreisen kommen, nicht nur für ein zwar nicht konfliktloses, so doch zumindest gewaltfreies Nebeneinander, im besten Falle zu einem produktiven Miteinander zu befähigen. Nicht minder anspruchsvoll ist die Aufgabe, Jugendliche, die sich noch nicht im Bannkreis rechter und gewaltbereiter Milieus, Gruppen und Cliques befinden, gegen diese Einflüsse zu immunisieren, sie hellhörig zu machen gegenüber den oft scheinbar harmlos daher kommenden Anzeichen eines alltäglichen Rassismus, gegenüber subtilen Vorurteilen gegen „das Fremde“, gegenüber rechtsautoritären Scheinlösungen für komplizierte gesellschaftliche Probleme.

Immerhin hat sich in der bundesrepublikanischen Gesellschaft in den letzten Jahren die Einsicht verbreitet, dass fremdenfeindliche, antisemitische und rechtsextremistisch motivierte Gewalt, wie sie vorwiegend von männlichen Jugendlichen und jungen Männern verübt wird, keine vorübergehende und zu verharmlosende Erscheinung ist. Dieses Phänomen ist kein Problem, das „die Gesell-

schaft“ mit „fehlgeleiteten Jugendlichen“ hat, nein, problematischer und tief greifender: Es ist das Problem der gesamten Gesellschaft. Die vielfach beklagte rechte Jugendgewalt ist lediglich die unmittelbar ins Auge stechende Spitze des Eisbergs. Unterhalb der Wasserlinie, unterhalb der medialen Schmerzgrenze, wird diese Spitze von einem komplexen Gefüge aus unspektakulär erscheinenden weit verbreiteten politischen Einstellungen und Alltagshandlungen getragen. Dass rechtsextremistische Gewalt „aus der Mitte der Gesellschaft“¹ kommt, ist seit den Brandsätzen von Mölln, Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Hünxe, Eisenhüttenstadt, Quedlinburg, Hannover, Griesheim, Geldern, Wolfsburg, Sachsenhausen und vielen anderen Orten nicht mehr wegzudiskutieren. Eine Mitarbeiterin des Internationalen Bundes drückte es so aus: *„So reden halt die Jugendlichen gar nicht so viel anders als ihre Väter bei ihrem Dämmerchoppen, vielleicht nur ein bisschen radikaler“*² – und manche Jugendlichen, wäre hinzuzufügen, handeln dementsprechend.

Zu welchen Ergebnissen eine Analyse der Ursachen³ auch immer kommen mag: Unstrittig ist, dass ein allgemein gültiges Konzept für den pädagogischen Umgang mit Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt bei Jugendlichen nicht entwickelt werden kann und dass kurzfristige und schnelle Erfolge nicht erwartet werden können. Auch die Strategien zur Immunisierung von Jugendlichen gegen rechtsautoritäre Regressionen und Vereinfachungen bedürfen

-
- 1 Vgl. die diskursanalytischen Studien des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) zum alltäglichen Rassismus: Jäger, Siegfried: Brandsätze. Rassismus im Alltag. Duisburg 1992; sowie u.a. Heitmeyer, Wilhelm, u.a.: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim und München 1992.
 - 2 Interview Signatur IB 5–1. Die anonymisierten Zitate von Interviewpartnern basieren auf Interviews, die unter den angegebenen Signaturen bei der Zentralen Geschäftsführung des IB archiviert sind.
 - 3 Diese Broschüre kann und will keine Ursachenforschung betreiben. In den letzten Jahren ist eine Vielzahl von instruktiven Studien über die Ursachen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt bei Jugendlichen erschienen: Butterwegge, Christoph, Georg Lohmann: Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente. Opladen: Verlag Leske und Budrich 2000;

*Internationale
Jugendbegegnungs-
stätte Hadamar,
Kinderprojekt in
Kooperation von IB
und Gedenkstätte,
Frühjahr 2001*

eines langen Atems und überlegter und unaufgeregter pädagogischer Praxis. Wie immer diese im Einzelfall auch aussehen mag und welche jugendpolitischen Schritte im Detail entwickelt werden: Sollen sie auf Dauer wirksam werden, ist ein weltoffener demokratischer Diskurs in der bundesrepublikanischen Gesellschaft insgesamt nötig, wie diese Gesellschaft als tolerante, multikulturelle Einwanderungsgesellschaft unter den Bedingungen des globalen Wandels gestaltet werden soll.

Der Internationale Bund will an diesem Diskurs teilnehmen und formuliert in seinem Leitbild: *„Der Internationale Bund tritt für demokratische Einstellungen und Verhaltensweisen ein, für gesellschaftliche Teilhabe und Akzeptanz des anderen; er wendet sich gegen nationale Überheblichkeit, gegen Rassismus und Gewalt.“* In einer Vielzahl von Initiativen und Projekten engagiert sich der Internationale Bund gegen Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und Gewalt. Von der politischen Bildungsarbeit in Berufsbildungszentren bis

zum Anti-Gewalt- oder Deeskalationstraining in Schulklassen, von Seminaren in der offenen Jugendarbeit bis zu öffentlichen Aktionen in örtlichen Netzwerken, von der Gedenkstättenpädagogik bis zur Organisation internationaler Musikfestivals reicht die Spannweite der Aktivitäten, die oft in den Rahmen von *„Schwarz-Rot-Bunt. IB Pro Demokratie und Akzeptanz“* gestellt werden. So dokumentiert diese Broschüre die Vielfalt der Ansätze, mit denen der IB sein Ziel anstrebt, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu wirken, und es wird deutlich, wie unterschiedlich die Arbeitsfelder sind, in denen dies geschieht. Ein buntes Bild von der Arbeit des IB entsteht – bunt eben wie das Leben und bunt wie diese Republik.

Diese Broschüre dokumentiert einige dieser Projekte. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Internationalen Bundes berichten von ihren Erfahrungen, erzählen, wie ihr Projekt entstanden ist, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfeld es arbeitet, welche

Heitmeyer, Wilhelm, u.a.: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim und München: Beltz-Verlag 1992; Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim und München: Juventa Verlag 1995; Heitmeyer, Wilhelm, u.a.: Gewalt. Neue Entwicklungen und alte Analyseprobleme. Weinheim und Basel: Juventa Verlag 2002; Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Ein jährlicher Report. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002; Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001 (2. Aufl.); Schubarth, Wilfried, Richard Stöss (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000.

Ziele es verfolgt, welche Schwierigkeiten auftraten und wie Erfolge erreicht wurden. Grundlage der Texte sind Interviews, die im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Forschungsprojektes „entimon“ durchgeführt wurden.⁴ Die Interviews wurden vorsichtig stilistisch überarbeitet, ohne ganz den Charakter gesprochener Sprache zu eliminieren. Die Interviewpartner bekamen den bearbeiteten Interviewtext zur Autorisierung vorgelegt.

Viele der dokumentierten Projekte wurden und werden durch die drei Förderungsprogramme der Bundesregierung, „entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, „Civitas – Maßnahmen zur Stärkung demokratischer Kultur und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den neuen Bundesländern“ und „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“, durch die europäische Gemeinschaftsinitiative „EQUAL“ und/oder die Gebietskörperschaften gefördert, manche waren oder sind finanziell auf sich allein gestellt.

Die angeführte Literatur in den Kästen „Zum Weiterlesen“ berücksichtigt vorwiegend neueste Titel, die seit dem Jahr 2000 erschienen sind. Weiterhin werden kostenlos zu beziehende Publikationen der Bundeszentrale und einiger Landeszentralen für politische Bildung angeführt. Ältere Literatur wird nur in Ausnahmefällen dokumentiert, sofern es sich um heute noch bedeutsame Standardwerke handelt. Titel, die in der Literaturliste des IB-Ordnerns „Materialien für den politischen Unterricht in der politischen Bildung“ aufgeführt sind, werden in dieser Broschüre nicht berücksichtigt. Die Links auf interessierende Seiten im Internet beschränken sich auf Informationsportale und Webseiten, die wiederum umfangreiche Linksammlungen beinhalten.

Im Internet sind die dokumentierten Projekte über die Website des Internationalen Bundes www.internationaler-bund.de aufzusuchen. Am besten geben Sie im Suchfunktionfeld dieser Website den Namen des Projektortes ein.

Der besondere Dank der Projektleiterin und des Autoren gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Internationalen Bundes, die bereitwillig und offen über die Arbeit ihrer Projekte berichtet haben.

4 Das bei der Zentralen Geschäftsführung des IB angesiedelte Forschungsprojekt „entimon“ hat die Aufgabe, örtliche und bundesweite Projekte des IB gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu evaluieren. Von Juli bis Dezember 2002 fand eine Pilotphase statt. Eine zweijährige Hauptphase soll sich anschließen.

Schwarz-Rot-Bunt: Mehr als eine Kampagne

Die jahrelang anhaltende, gefährliche und schmerzliche Präsenz von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt in der Bundesrepublik drängte auch den Internationalen Bund dazu, eindeutig nach innen und nach außen Stellung zu beziehen. Als großer Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit wollte er in seinen über 700 Einrichtungen an 300 Orten mit 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei den 350.000 vorwiegend jungen Menschen, die er qualifiziert, betreut und auch politisch bildet, gegen diese gefährlichen Erscheinungen eintreten und die demokratischen Potenziale in der Gesellschaft stärken. Um dieses Ziel konzentrierter als bisher verfolgen zu können, beschloss die Mitgliederversammlung des Vereins im Mai 2001 den Antrag „IB Pro Demokratie und Akzeptanz“ der die Grundlage für die Initiative „Schwarz-Rot-Bunt“ bildete. Der Beschluss fasst die Ziele zusammen:

„Auf der Basis seiner Satzung und seines Selbstverständnisses tritt der Internationale Bund entschieden für Gewaltfreiheit, Solidarität und gesellschaftliche Partizipation aller Mitglieder dieser Gesellschaft ein und wendet sich aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt. Er beteiligt sich auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene an Programmen und Initiativen, die ein breites Aktionsspektrum für Solidarität und Akzeptanz schaffen.“

Das Engagement des IB erfolgt auf drei Ebenen:

1. Als gesellschaftliche Kraft bezieht er Position und veröffentlicht seine Stellungnahmen sowohl im Rahmen des Verbandes als auch in den politischen, gesellschaftlichen und fachpolitischen Gremien, in denen er agiert. Er initiiert und koordiniert trägerübergreifende Aktivitäten und sorgt für schnelles, wirksames und differenziertes Handeln der Beteiligten.
2. Im Rahmen des Projektes ‚Pro Demokratie‘ unterstützt und qualifiziert er seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch zielgerichtete Fortbildungen. Er versetzt sie in die Lage und ermutigt sie, sich in ihrem pädagogischen Alltag für demokratische Regeln und Strukturen einzusetzen und sie vorzuleben und fremdenfeindlichen Orientierungen entgegenzuwirken. Der IB wird sich verstärkt um die Internationalisierung

und interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzen.

3. *Er fördert in allen seinen Arbeitsfeldern die gesellschaftliche und politische Partizipation und interkulturelle Kompetenz der Zielgruppen.“*

Dr. Gero Kerig, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands des IB, erinnert an die Grundorientierungen, die den IB in seiner Gründungszeit leiteten, und schlägt die Brücke in die Gegenwart: *„Schon am Anfang des IB stand die Verpflichtung, die Gesellschaft tätig mitzugestalten und die internationale Verständigung zu fördern. Die Gründungskunde wurde deshalb im Januar 1949 nicht nur in Deutsch, sondern auch in Englisch und Französisch abgefasst. 25 Jahre später folgte in den ‚Grundsätzen‘ eine Konkretisierung dieser Verpflichtung. Dort steht zu lesen, dass der IB mithelfen soll, Vorurteile, Ungleichheiten und Unrechtsverhältnisse abzubauen, um gerechtere Daseinsbedingungen und ein Gemeinwesen zu schaffen, das auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Als Übergriffe gegen Ausländer und Andersdenkende in den letzten Jahren zunahmen, begannen wir im IB in unseren Einrichtungen dem Auftreten radikaler Gruppierungen entgegenzuwirken. Bald mussten wir aber erkennen, dass mit den einzelnen Aktionen nicht die Mentalität am Arbeitsplatz so widerspiegelt wurde, wie wir es erhofft hatten. Es fehlte an Bewusstsein, dass alle an einem Strang zogen, dass es Sache des ganzen IB war, Flagge gegen die Umtriebe radikaler Gruppen zu zeigen.“*

Die Diskussion des Leitbildes, die parallel dazu lief, half uns weiter. Die Corporate Identity stand auf dem Prüfstand; die gemeinsame Basis unseres beruflichen Handelns wurde gesucht. Die Besinnung auf ein gemeinsames Menschenbild und auf unsere Rolle in der Sozial- und Bildungsarbeit führte uns zurück auf die ursprünglichen Ansätze, die wir heute in einer der Zeit angemessenen Form verwirklichen müssen.

„Das ist das erste Mal in der Geschichte des IB, dass er bundesweit mit einem einheitlichen Auftreten so eindeutig zu einem brennenden Problem unserer Gesellschaft Position bezogen hat.“

Konsequenzen für die Mitarbeiterfortbildung folgten. Sie wurde um eine Reihe von entsprechenden Seminaren ergänzt, die sowohl die geschichtlichen und gesellschaftlichen Hintergründe beleuchten, wie auch Angebote von Methoden enthalten, wie z. B. Pädagogik sich in der radikalen Szene behaupten kann. Dieser Phase folgte Schwarz-Rot-Bunt mit einer Reihe von Veranstaltungen, auf denen der IB in fast allen Einrichtungen der Öffentlichkeit zeigte, wo wir stehen. Dabei ist dies das erste Mal in der Geschichte des IB, dass er bundesweit mit einem einheitlichen Auftreten in seiner ganzen bunten Vielfalt so eindeutig zu einem brennenden Problem unserer Gesellschaft Position bezogen hat.“⁵

„Es ist also mehr als bisher notwendig, sich einzumischen!“

Um die Aktivitäten der Verbände und Einrichtungen des IB im Rahmen der Aktion „Schwarz-Rot-Bunt“ zu unterstützen, veröffentlichte die Zentrale Geschäftsführung einen Aktionsleitfaden, der Anregungen und praktische Hilfestellungen für örtliche Aktivitäten gab, von der organisatorischen Vorbereitung von Aktionen bis hin zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ein buntes Sortiment von Plakaten, Aufklebern, Plakaten, Ansteckern und Flyern ermöglichte ein ähnliches öffentliches Erscheinungsbild der Aktivitäten. Eine bundesweite Koordinierungsgruppe versuchte von Anfang an zu sammeln, welche schwarz-rot-bunten Aktionen vor Ort durchgeführt werden und wie weitere angeregt und unterstützt werden können. Wie hoch der Stellenwert der Initiative veranschlagt wird, zeigt sich auch darin, dass der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse als Schirmherr gewonnen werden konnte.

Manfred Ritzau, Mitarbeiter im Hauptstadtbüro der Zentralen Geschäftsführung des IB und Mitglied des bundesweiten Koordinierungskreises der Kampagne „Schwarz-Rot-Bunt“, macht deutlich, dass sich die Initiative „Schwarz-Rot-Bunt“ sowohl nach innen als auch nach außen richtet und nicht nur negativ gegen rechts auftreten, sondern auch positiv demokratische Potenziale stärken soll:

„Wir hatten von Anfang an die Vorstellung, nicht immer nur etwas gegen rechts zu machen, sondern auch etwas pro Demokratie und Akzeptanz, wie es im Kampagnenmotto heißt. Diese dauerhafte Kampagne ‚Schwarz-Rot-Bunt‘ entspricht auch dem neuen Leitbild des Internationalen Bundes. Ein wichtiger

Schwerpunkt der Kampagne liegt in der Wirkung nach innen. Wir haben 350.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Kursen, wir haben eine Vielzahl von Aus-siedlern, Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen, die wir betreuen, denen wir Wissen, Fähigkeiten und Fertig-

keiten vermitteln. Wir haben es mit unterschiedlichsten Kulturkreisen zu tun und unterrichten Menschen aus Dutzenden von Nationen. Wir sind ein Verband, der Brücken baut, der hilft, der sich vor allen Dingen mit Benachteiligten und Behinderten befasst und mit Alten und Kranken, also mit stigmatisierten Bevölkerungsgruppen. Und Schwarz-Rot-Bunt ist eine Aktivität, eine Kampagne, die sowohl der Qualifizierung unserer eigenen Mitarbeiter dient, die also nach innen wirkt, als auch nach außen. Es sind sehr begehrte Arbeitshilfen entwickelt und Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt worden, die eine große Akzeptanz gefunden haben. Die Kampagne Schwarz-Rot-Bunt erfüllt mehrere Aufgaben. Sie soll eine permanente Auseinandersetzung und Qualifizierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit und zum Thema bewirken (ein Modul davon ist die Aktion Noteingang). Sie will unsere Mitarbeiter für das Thema sensibilisieren und qualifizieren, es in ihrer Arbeit aufzugreifen und adäquat zu behandeln.

Der zweite Aspekt ist, dass wir nach außen auftreten: Wir bekennen uns zu Toleranz und Demokratie, das ist eine wichtige Grundlage unseres Selbstverständnisses und soll der Öffentlichkeit zeigen, dass wir ein klares Profil haben, dass wir couragiert und politisch sind, wenn es darum geht, Menschen zu helfen, Menschen zu schützen, die Repressalien und Gewalttaten ausgesetzt sind. Und wir verbinden natürlich interkulturelle und internationale Aktivitäten mit Schwarz-Rot-Bunt. Und

Club Schalom, „Sonntagsschule“: Interkulturelle Musikgruppe

*Schwarz-Rot-Bunt soll nicht nur eine kurze Episode sein, sondern permanenter Bestandteil unseres Selbstverständnisses und unserer Arbeit, sozusagen unsere Unternehmensphilosophie auch in der Zukunft.*⁶

Die Initiative „Schwarz-Rot-Bunt“ ist also weit mehr als nur eine Kampagne zur Öffentlichkeitsarbeit und Mitarbeiterqualifizierung, sie fokussiert die Grundsätze und das Selbstverständnis des IB in den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen. In einer Erklärung des Vorstands vom März 2002 heißt es entsprechend: *„Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz sind eine ernst zu nehmende Herausforderung für unsere demokratische Gesellschaft geworden. Die Zahl fremdenfeindlicher Ausschreitungen und gewalttätiger Übergriffe gegen soziale Randgruppen ist deutlich gestiegen, die Akzeptanz undemokratischer politischer Ideologien wächst Besorgnis erregend, insbesondere bei jungen Menschen. (...) Die physische Gewalt gegen Ausländer und Behinderte ist nur der sichtbare Ausdruck von Ressentiments gegenüber Angehörigen anderer Kulturen, Religionen und Lebensformen. Fremdenfeindliche Vorurteile sind aber auch verantwortlich für anhaltende Benachteiligungen von Zuwanderern in der Schule, in der Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt und im Wohnumfeld. Eine Intensivierung, Bündelung*

und Neuausrichtung bisheriger Aktivitäten des Internationalen Bundes sind deshalb dringend geboten. Es ist also mehr als bisher notwendig, sich einzumischen. Es geht darum, Einfluss zu nehmen und für die Eindämmung extremistischer Entwicklungen in der Gesellschaft zu sorgen. (...)

Die in „Schwarz-Rot-Bunt. IB Pro Demokratie und Akzeptanz“ zum Ausdruck gebrachten Grundsätze sind Bestandteil des Selbstverständnisses des IB: Der IB tritt entschieden für Gewaltfreiheit, Solidarität und gesellschaftliche Teilhabe ein. Er wendet sich aktiv gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt. Dieses aktive Bekenntnis zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat trägt zur Schärfung des Profils nach außen bei und entspricht den Erwartungen einer demokratischen Öffentlichkeit.

Neben einem überzeugenden Auftreten nach außen (beispielsweise durch Veranstaltungen, Stellungnahmen und Veröffentlichungen) und der verstärkten, einheitlichen Präsentation des IB nach innen (so durch die Grundsätze des IB, sein Leitbild und seine Führungsgrundsätze) unterstützt, fördert und schult der IB seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrem Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge, in ihrem Verhalten gegenüber Klienten, Kunden und Teilnehmenden und in ihrer Einstellung zu dem sie unmittelbar umgebenden Sozialraum, damit sie angesichts der neuen Herausforderungen bestehen können. (...)

Die Gesellschaft, die Politik und die Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit müssen eindeutig und koordiniert auf die aktuelle Situation reagieren. Erziehung und

⁶ Interview mit Manfred Ritzau, 1. 8. 2002.

Bildung müssen auf das Zusammenleben in einem vereinten Europa vorbereiten, indem sie einheimischen und zugewanderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Grundlagen demokratischen Handelns aufzeigen.

Die Arbeit des IB ist in allen seinen Arbeitsfeldern darauf ausgerichtet, persönliche, berufliche und soziale Perspektiven zu geben und somit materiellen und sozialen Benachteiligungen entgegenzuwirken, die den Nährboden für fremdenfeindliche und gewalttätige Haltungen bilden.

Die Zielsetzungen seiner Arbeit bestehen darin,

- *zu Eigenverantwortlichkeit zu erziehen, das Selbstwertgefühl zu stärken, individuelle Unterschiede zu akzeptieren und das Fremde nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung zu verstehen,*
- *durch Ausbildung und Qualifizierung die Grundlagen für eine materiell gesicherte Existenz und soziale Anerkennung zu vermitteln,*
- *die Fähigkeit zum differenzierten politischen Urteil zu entwickeln, die gewaltfreie Vertretung eigener Interessen zu unterstützen und demokratische Regeln und Strukturen einzüben,*
- *in der Begegnung mit anderen Verständnis und Akzeptanz für unterschiedliche Lebensformen zu zeigen, Konflikte zu erkennen, zu akzeptieren und gewaltfrei auszutragen,*
- *Menschen mit Migrationshintergrund den gleichberechtigten Zugang zu allen Bereichen der Gesellschaft zu ermöglichen.*

Vom Kindergarten über die Schule und die außerschulische Bildung bis zur Aus- und Weiterbildung müssen Strategien vermittelt werden, die Begegnung, Akzeptanz und Solidarität fördern. Der IB ist bereit, sich dieser Herausforderung zu stellen.“

Für den IB ist eine solche grundsätzliche Ausrichtung der Arbeit in dieser fokussierten Form neu. Wohl kaum jemand wird bestreiten, dass sie angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung nötig und sinnvoll ist. Soll sie dauerhaft in praktisches Handeln umgesetzt werden, erfordert dies ein aktives Mitwirken der Verbände und Einrichtungen, das auf eigener Überzeugung beruht.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „vor Ort“ verlangt diese Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der Arbeit viel: Sensibilität gegenüber den oft unspektakulären fremdenfeindlichen oder rechtsextremen Äußerungen und Haltungen, die Fähigkeit, pädagogisch adäquat damit umzugehen und Konflikte, die daraus entstehen, produktiv gestalten zu können, sowie, insbesondere wenn es um Aktivitäten in einem Netzwerk oder in der örtlichen oder regionalen Öffentlichkeit geht, soziologische Fantasie und strategisches und politisches Denken. Eine Mitarbeiterfortbildungsreihe der ZGF, die 2001 anlief, 2002 vier Fortbildungsseminare beinhaltete und weitergeführt werden soll, dient dazu, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von IB-Einrichtungen dafür zu qualifizieren.

Viele Einrichtungen des IB organisierten Aktionen und Projekte unter dem Dach von „Schwarz-Rot-Bunt“. Vielfach griffen sie die Ziele und thematischen Schwerpunkte der Initiative auf und engagierten sich mit neuen Ideen und innovativen Projekten: Einige davon sind in dieser Broschüre dokumentiert. Eine Mitarbeiterin des IB, die als Stützlehrerin in einem Ausbildungszentrum und in der politischen Jugendbildungsarbeit tätig ist, beschreibt, dass die praktische Umsetzung der Initiative „Schwarz-Rot-Bunt“ Diskussion und Überzeugungsarbeit erfordert und immer auf die spezifischen Bedingungen der Region, des Ortes und der Einrichtung zugeschnitten werden muss:

„Was mir nicht gefällt, ist, wenn ‚Schwarz-Rot-Bunt‘ als eine Kampagne benannt wird. Weil es keine Kampagne ist. Sondern es ist eine konkrete Umsetzung unseres neuen Leitbildes, und es ist Material für eine langfristige Arbeit, die natürlich immer aktualisiert wer-

Z U M W E I T E R L E S E N

Aktionsleitfaden. Anregungen und praktische Hilfestellung für die Arbeit vor Ort. Herausgegeben vom Internationalen Bund. Frankfurt am Main 2002.

Die Materialien zu „Schwarz-Rot-Bunt. IB Pro Demokratie und Akzeptanz“ können kostenlos beim Referat Öffentlichkeitsarbeit der Zentralen Geschäftsführung des IB bestellt werden.



**SCHWARZ
ROT
BUNT**

BLICK ZURÜCK NACH VORN
Pädagogische Angebote für interessierte Menschen

Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

IB
Internationaler Bund

9

Schwarz-Rot-Bunt: Mehr als eine Kampagne

den muss. Wir werden dort nicht stehen bleiben, wir werden auch neue Themen aufnehmen, Themen wieder rausnehmen; aber es ist keine Kampagne. Eine Kampagne hat für mich einen Anfang und ein Ende, Schwarz-Rot-Bunt ist aber eine dauernde Aufgabe. Ich denke, dieser Prozess, darüber zu diskutieren, ist im Gang. Sicher hat es damit angefangen, dass man das Etikett Schwarz-Rot-Bunt auf Dinge draufklebt, die man schon tut. Es sind aber bei uns Projekte im Laufen, und weitere werden für die Zukunft geplant, die speziell in diesem Rahmen Schwarz-Rot-Bunt stattfinden und in der Öffentlichkeit auch so firmieren, wie bei uns zum Beispiel dieses Fußballspiel mit ausländischen Mitbürgern. Es bleibt ja ein wichtiges Thema: Umgang mit Ausländern, Fremdenproblematik. Hier draußen hängt an der Tür ein kleines Plakat – ‚Tour de Tolerance‘, die hier organisiert wurde und wo wir uns als IB unter dem Motto ‚Schwarz-Rot-Bunt‘ beteiligt haben. Und ich denke, indem wir weitere Projekte zur Thematik Gewalt oder Umgang mit dem Fremden unmittelbar im Heimatort entwickeln, wird dieses ‚Schwarz-Rot-Bunt‘ mit Leben gefüllt. Also, ich denke schon, dass der Prozess in Gang gesetzt ist, der Initiative Leben eingehaucht wird mit eigenständigen, neuen Ideen. Ja, wir sind am Anfang. Wir kennen das Projekt seit Anfang des Jahres. Ich bin auch davon überzeugt, dass das noch

nicht bei jedem Kollegen angekommen ist. Und es bedarf noch viel, viel Aufmerksamkeit auch in Gesprächen, das zu benennen. Und sicher wird es auch so sein, dass manche Dinge, die bisher gelaufen sind, einfach diesen Stempel draufkriegen. Das ist ja auch legitim. Inwieweit die Sache vorangeht, hängt natürlich immer von Personen ab. Wenn ein Geschäftsführer das selber möchte und das in seiner Dienstberatung an andere Einrichtungsleiter überträgt und das zu einer Aufgabe macht, dann transportiert sich das natürlich viel schneller. Wenn er sagt, wir müssen jetzt mit den Kollegen darüber ins Gespräch kommen, was kann an Projekten entwickelt werden oder so, dann geht's voran. Aber wenn das nicht passiert, wird sich das auch nicht in Bewegung setzen. Also das ist immer abhängig von einzelnen Personen; von Mitarbeitern, von Führungskräften hängt das ab. Bei uns in der Einrichtung planen wir gerade ein Handbuch für Stützlehrer. Wir sind gerade dabei, eine Präambel dafür zu erarbeiten. Wir sind jetzt an einem Punkt angekommen, wo wir für uns die Leitbilddiskussion noch einmal führen, und da spielt das also eine große Rolle. Das denke ich, ist ein Ergebnis. Aber das dauert.“⁷

KONTAKT

Internationaler Bund
„Schwarz-Rot-Bunt“
Zentrale Geschäftsführung
Marion Reinhardt
Burgstraße 106
60389 Frankfurt a. M.
Tel.: 069-94545-245
Fax: 069-94545-234
E-Mail: Info@internationaler-bund.de

Gemeinwesenorientierte Projekte und lokale Netzwerke gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

Bmécte in Schwerin

Das Projekt „Leben miteinander lernen“ und die Kooperation zwischen dem IB Schwerin und dem Club Schalom

Seit 1990 sind etwa 100.000 jüdische Emigranten aus der GUS und den drei baltischen Staaten in die Bundesrepublik zugewandert. Sie erhalten hier den Status von Kontingentflüchtlingen. Diese Regelung geht auf eine Entscheidung der letzten DDR-Regierung zurück. Sie hatte 1990 beschlossen, Juden aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion aufzunehmen. Dies sollte eine Geste zur Entschädigung für die Opfer des NS-Unrechts sein. Am 9.11.1991 einigten sich die Bundesländer und die Bundesregierung darauf, diese Verpflichtung der DDR-Regierung zu übernehmen. Die jüdische Zuwanderung wurde nun auf der rechtlichen Grundlage des Kontingentflüchtlingengesetzes von 1980 geregelt. Man führte ein Verwaltungsprozedere ein, in dem von jedem Zuwanderer ein Nachweis seiner jüdischen Religionszugehörigkeit bzw. Abstammung gefordert wird, ein Asylverfahren findet nicht statt.⁸

Die Zugewanderten, die die bundesdeutschen Behörden in Schwerin ansiedelten, wohnen größtenteils in den Plattenbausiedlungen Mueßer Holz und Neu Zippendorf, die in den siebziger Jahren abgelegen am Rande der Stadt errichtet worden waren. Die beliebtesten Wohnviertel sind es nicht, die kulturelle und soziale Infrastruktur lässt zu wünschen übrig, viele Wohnungen stehen leer, wer es sich leisten kann, zieht lieber weg. Zurück bleiben überdurchschnittlich viele problembelastete Familien. Nach einer Schätzung des „Stadtteilmanagers“ Dimitrij Avramenko sind etwa 20 % der Bewohner dieser beiden Stadtteile russischsprachige jüdische Kontingentflüchtlinge. Hinzu kommen viele deutschstämmige Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die in der Statistik nicht als Ausländer oder Zugewanderte erfasst werden, sondern sofort einen deutschen Pass bekommen. Obgleich sie als Deutsche gelten, haben sie doch ähnliche Integrationsprobleme wie ihre jüdischen Landsleute.

Schon seit 1990 ist der Internationale Bund vor Ort. Er hat im letzten Jahrzehnt ein Netz dringend benötigter kultureller und sozialer Angebote aufgebaut: Er betreibt eine Kindertagesstätte mit Ganztagsbetreuung,

Flüchtling ist nicht gleich Flüchtling

Kontingentflüchtlinge: Flüchtlinge, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommen werden. Kontingentflüchtlinge erhalten auch ohne ein Anerkennungsverfahren als Flüchtlinge ein dauerhaftes Bleiberecht.

Konventionsflüchtlinge: Sind Flüchtlinge nach Art. 1 der Genfer Flüchtlingskonvention. In Deutschland können sich politisch Verfolgte auch auf Art. 16 a GG berufen. Konventionsflüchtlinge haben in Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen den Anspruch, ihre Familienangehörigen nachzuholen.

Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge: Seit 1993 werden Flüchtlinge aus Kriegsregionen vorübergehend aufgenommen, ohne dass vorher eine Einzelfallprüfung durchgeführt wird. Vorbedingung für eine Aufnahme als Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtling ist, dass kein vorheriger Asylantrag gestellt wurde.

Zugewanderte in Schwerin 2001:

1.606 Kontingentflüchtlinge,
1.324 Aussiedler und

2.782 Ausländer mit festem Aufenthaltsstatus (z.B. EU-Bürger, vietnamesische Vertragsarbeiter mit einer Aufenthaltsgenehmigung in der DDR, anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge).

Quelle: www.wahlthemen.de/themenwahl/phasen/globaloderlokal/phase1/hintergrund/zuwanderung/glossarzuwanderung/k

bietet ein vielfältiges Angebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit an, engagiert sich im internationalen Jugendaustausch, organisiert das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr, einen Freiwilligendienst in Israel und ein Qualifizierungsbüro im Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr, fördert „Schulschwänzer“, betreibt Schulsozialarbeit, bietet flexible Hilfen zur Erziehung, unterhält eine Erziehungsberatungsstelle und hilft straffälligen Jugendlichen. Die Stadtteile Mueßer Holz und Neu Zippendorf weisen bei weitem den höchsten Ausländeranteil in Schwerin auf. Dem IB war es von Anfang an ein zentrales Anliegen, gegen Fremdenhass und Gewalttätigkeiten zu wirken. Und dann gibt es noch den Verein der jüdischen Zuwanderer, „Schalom“, der seine Räume im IB-Gebäude hat. Oleksander Friedmann, Initiator und Vorsitzender des Vereins, erzählt mit einem charmanten russischen Akzent, wie es dazu kam:

„Ich bin 1996 nach Schwerin gekommen mit meinen Kindern. Ein Jahr und zwei Monate habe ich in einem Heim gewohnt. Erst dann haben wir eine Wohnung gefunden. Wie sollte es weitergehen? Ich möchte arbeiten. Bis zum heutigen Tage habe ich keine Arbeit bekommen und lebe von Sozialhilfe. Aber ich habe Glück gehabt, mit dem Club Schalom und dem Internationalen Bund, ich habe jetzt ein bisschen Beschäftigung, habe eine Aufgabe. Ich habe viel Arbeit, arbeite am Sonntag den ganzen Tag im Jugendclub, in der Sonntagschule und im Schalom-Büro. Ich habe jetzt einen Dienst organisiert, der neu Zugewanderten hilft. Ich bin vor drei Jahren hier spazieren gegangen und habe gesehen, viele Jungen, die Sport machen und Billard spielen, und ich habe gedacht, wir müssen auch noch einen Club organisieren für Ausländer, die hierher gekommen sind. Ich bin zu Herrn Dr. Anders gegangen, dem Leiter der IB-Einrichtung, und wir haben viel gesprochen. Im Oktober 1999 haben wir eine erste Vereinbarung unterschrieben über unsere Zusammenarbeit. Und

Kontingentflüchtlinge

Kontingentflüchtlinge sind Ausländer, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen der Bundesrepublik Deutschland auf Grund einer Erteilung der Aufenthaltserlaubnis vor der Einreise in Form des Sichtvermerkes oder auf Grund einer Übernahmeerklärung nach § 33 Abs.1 des Ausländergesetzes aufgenommen worden sind.

Nach einer Vereinbarung der Ministerpräsidenten der Länder können seit dem 15. Februar 1991 jüdische Familien aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden. Die Kontingentflüchtlinge sind weitgehend den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt. Dies gilt insbesondere bei Sozialhilfe, Hilfen zur Erziehung, Arbeitslosenhilfe. Zur Eingliederung in Schule, Beruf und Gesellschaft werden Deutschkenntnisse vermittelt. Die Flüchtlinge werden laut Königsteiner Schlüssel⁹ entsprechend der Gesamtbevölkerungszahlen auf alle Bundesländer verteilt. Solange die Zuwanderer von staatlichen Hilfen abhängig sind, müssen sie den ihnen zugewiesenen Wohnort beibehalten.

Quelle: www.fh-potsdam.de/~Sozwes/werkstatt/adf/integration/integrationkontingent.html

jetzt arbeiten wir schon drei Jahre, und ich denke, es ist wunderbar, es ist eine gute Kooperation. Wir machen viel Sport mit der Jugend, und ich habe schon gesprochen, dass wir mit deutschen und ausländischen jüdischen Jugendlichen gemeinsam in der Sporthalle spielen.“¹⁰

Der Einrichtungsgeschäftsführer Dr. Ludwig Anders springt seinem Kooperationspartner zur Seite:

„Wir haben uns eigentlich schon mit Beginn der Arbeit des IB hier in Schwerin Gedanken gemacht, wie wir zu dem Abbau von Fremdenhass und Gewalttätigkeiten beitragen können. Haben verschiedene Projekte durchgeführt, haben auch schon Mitte der neunziger Jahre Partner gehabt bei den zugewanderten Mitbürgern, aber es gab keine organisierte und strukturierte Zusammenarbeit. Dies ist erst der Fall, seitdem der Club Schalom existiert. In ihm haben wir tatsächlich einen beständigen, einen verlässlichen Partner, der vor allen Dingen eigene Verantwortung übernimmt. Das Civitas-Projekt ‚Leben miteinander lernen‘ ist nicht das einzige Projekt: Es gab und gibt verschiedene Projekte.

Als die Möglichkeit bestand, im Rahmen des Förderprogramms Civitas ein neues Projekt anzugehen, da haben wir uns gedacht, wir nehmen vor allen Dingen

8 Mertens, Lothar: Alija. Die Emigration der Juden aus der UdSSR/GUS. Bochum 1993. Runge, Irene: Kommen und bleiben. Sowjetische Juden in Deutschland. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1991, S. 775 ff.

9 Der Königsteiner Schlüssel ist ein Finanzierungsschlüssel zur Aufteilung der Lasten auf die einzelnen Bundesländer. Er berechnet sich aus Steuerleistung und Einwohnerzahlen der Bundesländer.

10 Alle kursiv gesetzten Zitate basieren auf einem Interview mit Dr. Ludwig Anders (Einrichtungsgeschäftsführer des IB), Dimitrij Avramenko (Mitarbeiter des IB im „Stadtteilmanagement Soziales“) und Oleksander Friedmann (Vorsitzender des „Club Schalom e.V.“) am 23. 9. 2002 in Schwerin.

die Schwerpunkte, die in der IB-Kampagne ‚Schwarz-Rot-Bunt‘ angesprochen werden: So haben wir uns in dem Civitas-Projekt die Schwerpunkte politische Bildung und Sonntagsschule gesetzt, also freiwilliges Engagement der zugewanderten Menschen selbst für die kulturellen und sportlichen Belange in diesem Stadtteil. Der Club Schalom hat hier in unserer Einrichtung seit drei Jahren sozusagen Heimrecht, hier kann er seine Versammlungen durchführen, am Sonntag kann er den Jugendclub benutzen, der nur in der Woche geöffnet hat. Durch dieses Civitas-Projekt sind wir in unserer Zusammenarbeit gleichgestellt, der Club Schalom befindet sich nicht mehr in der Rolle des Bittstellers, sondern wir agieren von gleich zu gleich, auf gleicher Augenhöhe. Das passt ganz gut zusammen mit dem Stadtteilmanagement und ist auch eine Aufgabe, die das Stadtteilmanagement selbst verfolgt.“

„Wir haben uns schon mit Beginn der Arbeit des IB in Schwerin Gedanken gemacht, wie wir zum Abbau von Fremdenhass und Gewalttätigkeiten beitragen können.“

Der Club Schalom beruht vollständig auf ehrenamtlichem Engagement. Er organisiert kulturelle Veranstaltungen, Wohlfahrtskonzerte, Veranstaltungen für Singles, Stadtteilsterben, Bildungsabende und offene Bürgertreffs mit Vorträgen und Diskussionen zu Themen

wie: Fluchtbewegungen in Europa, Deutschland – neue Heimat, Integration, Verschiedene Nationalitäten – ein Gemeinwesen, Probleme junger Zugewanderter usw.

Herr Friedmann konnte sich zunächst gar nicht vorstellen, dass der Club Schalom durch das Civitas-Projekt seine Aktivitäten stark erweitern kann. Es sei jedoch immer noch mühsam, breitere Kreise der Zugewanderten für ein bürgerschaftliches Engagement zu motivieren. Mit seinen Veranstaltungen erreiche der Club zwar schon ca. 100 Bürgerinnen und Bürger, aber das seien immer noch zu wenig.

Viele Zugewanderte würden sich in ihren Familien- und engsten Bekanntenkreis zurückziehen. Durch die Civitas-Förderung sei es jetzt möglich, stärker an die Öffentlichkeit zu gehen, auch Politiker zur Diskussion einzuladen und den Ehrenamtlichen, die sich in der Jugend- und Kulturarbeit engagieren, wenigstens eine kleine Aufwandsentschädigung zu zahlen, die vor allem ein wichtiges Zeichen der Anerkennung ihrer Arbeit sei, aber natürlich nicht die wirklichen Kosten der Engagierten decke. Der Club Schalom bemühe sich, auch Einheimische als Mitglieder und Ehrenamtliche zu gewinnen, um die Integration der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu befördern, sei darin aber noch nicht erfolgreich gewesen.

Dr. Anders betont, wie die einzelnen Teilprojekte ineinander greifen und ein Netz von Angeboten und Betätigungsmöglichkeiten für unterschiedliche Zielgruppen gewebt wurde: „Wir haben eine Kindergruppe aus zugewanderten Kindern, die trifft sich jeden Sonntag und manchmal auch mit deutschen Kindern, was nicht ganz so einfach ist, und da war ein Klavier nötig. Also, man war der Meinung, man bräuchte ein Klavier. Das konnten wir uns zum Beispiel durch das Programm Soziale Stadt beschaffen. Dieses Programm Soziale Stadt hat einen Verfügungsfonds für die ehrenamtliche, kulturelle, künstlerische Arbeit, und daraus hat sich der Club Schalom ein Klavier besorgt. Also, da greift dann auch noch wieder

Z U M W E I T E R L E S E N

Thema: Jüdisches Leben und Antisemitismus in Deutschland seit 1945

Benz, Wolfgang: Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. München: dtv 1995.

Bergmann, Werner: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1946–1989.

Frankfurt a. M., New York: Campus Verlag 1997.

Romberg, Otto R., Susanne Urban-Fahr (Hg.): Juden in Deutschland nach 1945. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000.

Wroblewski, Vincent von: Eine unheimliche Liebe. Juden in der DDR. Berlin, Wien: Philo Verlag 2001.

anderes. Wir verlassen uns nicht nur auf ein einzelnes Programm.

Wir haben schon vor einiger Zeit ein Projekt mit dem Landespräventionsrat durchgeführt: Gewaltprävention durch Sportangebote. In diesem Zusammenhang sind wir stärker in die Sportarbeit eingestiegen, an den Nachmittagen und Abenden. Daran knüpfen wir jetzt mit dem Civitas-Projekt an. Jetzt haben wir es erreicht, dass wir fünf Tage in der Woche Sporthallen in der Umgebung haben für den Freizeitsport, was es in Schwerin nicht oft gibt. Wir haben es sogar erreicht, dass uns viele Schulsportstätten für den Freizeitsport, für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden, das gibt es anderswo nur sehr selten. Wir hatten dann ein Projekt, das sich mit künstlerischen Gruppen beschäftigt und das es uns ermöglichte, eine Instrumentalgruppe aufzubauen. Dies nur als Beispiel. Natürlich gibt es eine starke Fluktuation bei den ehrenamtlich Engagierten. Zum Beispiel arbeiten im Projekt Stadtteilzeitung zurzeit acht Leute, da gibt es professionelle Akteure, auch aus den Reihen der Zugewanderten, da gibt's eine kleine Redaktionsgruppe für russische Seiten, erst mal ehrenamtlich, aber das sind richtige Profis. Einige machen schon ihr ganzes Leben lang Zeitung. Für viele haben diese ehrenamtlichen Tätigkeiten eine Brückenfunktion: Sie verlieren nicht

den Kontakt zu ihrer Umgebung, können etwas Sinnvolles tun, bis sie irgendwo, vielleicht auch außerhalb, eine Anstellung und eine berufliche Perspektive finden. Also ich könnte mir sehr gut vorstellen, wenn es eine Möglichkeit gäbe, diese Aktivitäten in einer festen Form, mit einer institutionellen Förderung, kontinuierlich zu machen. Aus meiner Sicht würde das sogar mehr Planungssicherheit – auch für die beteiligten Leute – geben, und die Netzwerkarbeit könnte einfach kontinuierlicher, stabiler werden.“

Wie kann Integration befördert werden?

Der Stadtteilmanager Dimitrij Avramenko weist auf die sozialstrukturellen und kulturellen Unterschiede zwischen den Zuwanderergruppen, etwa den Kontingentflüchtlingen und den Aussiedlern, hin, die gegenseitige Abschottungsprozesse befördern und Kooperation erschweren. Auch unter den Jugendlichen der unterschiedlichen Herkunftsgruppen gibt es Abgrenzungs- und Ausgrenzungsprozesse, wenn auch keine offene Feindseligkeit und Gewalt.

„Integration funktioniert dann ganz gut, wenn einheimische und ausländische Jugendliche ihre Aktionen gemeinsam vorbereiten und durchführen.“

„Die Leute, die schon bei unseren Projekten mitgemacht haben, die sind begeistert davon. Aber unser Problem ist es, auch die

einheimische Bevölkerung zu aktivieren. Aber so genannte sozial schwache Familien von Arbeitslosen bis zu Sozialhilfeempfängern zu aktivieren, das ist natürlich ziemlich schwierig. Jugendliche zu gewinnen ist vielleicht ein bisschen einfacher, zum Beispiel bei Sportveranstaltungen. Wir machen sehr viele gemeinsame Sportaktivitäten in dem Sinne, dass die Mannschaften zusammengemischt werden, multiethnisch sozusagen. Durch unsere enge Kooperation mit dem IB nehmen auch Mitarbeiter des Club Schalom an den Veranstaltungen des IB teil. Und schon in dem Rahmen findet eine Integration statt.“

Dr. Anders führt den Gedanken fort: „Wenn man Integration möchte, muss man sich genau überlegen, welche Zielgruppen man ansprechen will mit welchen Zielsetzungen. Integration für die Zugewanderten heißt für mich vor allen Dingen, Rahmenbedingungen zu schaffen, Möglichkeiten zu schaffen, Interesse zu wecken, sich integrieren zu wollen und sich integrieren zu können.“

Wir wollen keine Veranstaltungen, wo man Einheimische und Zugewanderte, aufeinander loslässt, etwa nach dem Motto: ‚Nun integriert euch mal.‘ Das funktioniert meistens so nicht. Meistens, und das ist unsere Erfahrung, funktioniert es dann ganz gut, wenn wir unser alltägliches Leben zum Thema der Integration machen, unsere alltäglichen Maßnahmen gemeinsam gestalten, wenn ausländische und einheimische Jugendliche ihre Aktionen gemeinsam vorbereiten und durchführen. Wir, IB und ‚Schalom‘, haben vorige Woche ein interkulturelles Kindersportfest mit acht Mannschaften mit Kindern völlig unterschiedlicher Nationalitäten durchgeführt. Das ist ein Stückchen reale Integration, denn da haben beide Seiten die Möglichkeit, mitzugestalten. Sie werden nicht zueinander geführt, um sich zu integrieren, sondern sie können etwas zusammen **tun**. Und das **Tun** ist Integration. Natürlich hat Herr Avramenko Recht, wenn er sagt, dass wir am Sonntag nach wie vor Schwierigkeiten haben, zu diesen Angeboten der künstlerischen Arbeit und der anderen Aktivitäten in der Sonntagsschule deutsche Teilnehmer zu gewinnen. Warum? Also, einmal ist es so, dass hier wirklich viele sozial benachteiligte Familien sind, und die haben nicht den Rhythmus, dass sie sich sonntags aktiv beschäftigen. Die Sonntagsschule findet eben auch statt, weil für die jüdischen Mitbürger der Sonntag ein Arbeitstag ist.“

Die Mühen der Ebenen und die Freuden des Feierns

Um auch die Ressentiments und die Abgrenzung zwischen den Zuwanderergruppen einerseits und ihnen und den Einheimischen andererseits zu entschärfen, regt Dr. Anders an, die gesetzlich kodifizierten strukturellen Unterschiede zwischen Aussiedlern und Kontingentflüchtlingen zu beheben. „Die Einheimischen vor Ort unterscheiden nicht zwischen Kontingentflüchtlingen und Aussiedlern, denn beide Gruppen sprechen russisch. Aber sie haben unterschiedliche Rechte und gesetzliche Grundlagen, und wenn uns da geholfen würde, dass beide vor Ort gleiche Lebensbedingungen hätten, dann wäre schon viel getan. Also, wenn zum Beispiel diese Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt aufgehoben werden könnte für die Kontingentflüchtlinge, wäre schon sehr viel geholfen.“

Für uns ist die größte Schwierigkeit, unsere Maßnahmen, unsere Projekte, unsere Tagungen und Veranstaltungen wirklich zu **gemeinsamen** Veranstaltungen zu machen, zu ermöglichen, dass sich Menschen unterschiedlicher Herkunft wirklich begegnen können. Das ist für mich das Schwierigste und das Schönste, wie man das immer wieder hinkriegt, Deutsche und Zugewanderte zusammenzubringen. Bei Ausflügen und Sportturnieren funktioniert es bereits ebenso wie beim Feiern und Grillen im Innenhof.“

Wenn’s ums Feiern geht, also doch am liebsten Вместе!

Kontakt

Internationaler Bund Schwerin
Keplerstraße 23
19063 Schwerin
Tel.: 0385-208240 · Fax: 0385-2082430
KJHZ-Schwerin@internationaler-bund.de

Club Schalom e.V.
Keplerstraße 23
19063 Schwerin

Verbund Jugendhilfe Mecklenburg-Vorpommern

Alle an einen Tisch!

Schwarzenbeker Netzwerker gegen Rechtsextremismus und Gewalt

„Das Netzwerk gegen Gewalt hat sich im Herbst 2001 gegründet. Diakonie, Straßensozialarbeit, Stadtjugendpflege, Centa-Wulf-Schule, Nord-Ost-Schule, Jugendtreff und Internationaler Bund (Jugendwerkstatt) haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam im Rahmen der Jugendarbeit Projekte und Aktionen gegen Gewalt, für Toleranz und Demokratiebewusstsein in Schwarzenbek zu organisieren und zu initiieren. In diesem Zusammenhang hat sich das Netzwerk an der Projektwoche in der Nord-Ost-Schule beteiligt.“

Was in dieser Pressemitteilung der Schwarzenbeker Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben wird, ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Hier ist gelungen, alle Träger der Jugendhilfe an einen Tisch zu bringen und eine Aktionswoche unter dem Motto „Füreinander einsehen und miteinander leben“ zu organisieren. Doch diese Aktion sollte keine Eintagsfliege bleiben: Das Netzwerk wird nun als Dauereinrichtung weitergeführt. In welchem lokalen Umfeld arbeiten die Netzwerker, und wie ist es ihnen gelungen, innerhalb kurzer Zeit eine stabile und dauerhafte Zusammenarbeit aufzubauen?

Schwarzenbek ist ein kleines überschaubares Städtchen von 14.000 Einwohnern im Einzugsgebiet von Hamburg. Die sauber herausgeputzte Innenstadt kontrastiert mit den Problemen, die sich erst beim genaueren Hinsehen offenbaren. Zwar ist Schwarzenbek insgesamt betrachtet kein ökonomisches Krisengebiet, die Arbeitslosenquote im Arbeitsamtsbezirk beträgt 8,1 Prozent, etliche Schwarzenbeker pendeln zur Arbeit nach Hamburg. Aber im Stadtteil Nord-Ost ballen sich die Probleme. Deutschstämmige Aussiedler aus den GUS-Staaten wurden vorwiegend in diesem Stadtteil angesiedelt. Hier wohnen außerdem überdurchschnittlich viele

sozial Benachteiligte und Sozialhilfeempfänger. Mit dem Neubaugebiet Nord-West, so befürchten die Jugendhilfeträger, wächst ein neues Problemgebiet heran, da es dort kaum Angebote für Jugendliche geben wird. Im Zentrum und in Schwarzenbek-Süd wohnen hingegen viele Arbeitsmigrantenfamilien.

Die Jugendlichen begreifen ihre Stadtteile, in denen sie wohnen, als ihre Territorien. Die ethnischen und territorialen Jugendmilieus grenzen sich gegenseitig ab. Deutsche Jugendliche aus Nord-Ost meiden die Innenstadt und besuchen kaum den dort angesiedelten Jugendtreff: „Zu viele Ausländer“, argwöhnen sie und meinen damit die Kinder der Arbeitsmigranten, die überwiegend schon

in Schwarzenbek geboren sind und Deutsch besser sprechen als die Muttersprache ihrer Eltern oder Großeltern. Und die als Ausländer apostrophierten Jugendlichen aus Mitte und Süd würden kaum auf die Idee kommen, ihre Freizeit in Nord-Ost zu verbringen. Ein Ziel der Projektwoche und des Netzwerkes

ist es, diese gegenseitige Abgrenzung, die konflikträchtigen Ressentiments und Vorurteile abzubauen: „Füreinander einsehen und miteinander leben“ lautet die Devise. Aber das ist bekanntlich einfacher gesagt als getan:

Die Jugendlichen begreifen ihre Stadtteile, in denen sie wohnen, als ihre Territorien. Die ethnischen und territorialen Jugendmilieus grenzen sich gegenseitig ab.

Die Jugendwerkstatt Schwarzenbek

Der Internationale Bund betreibt in Schwarzenbek eine kleine Jugendwerkstatt mit zwölf Plätzen, eine Jugendschutzstelle und ein Möbellager mit angeschlossener Möbelaufbereitungswerkstatt, in der sich Langzeitarbeitslose betätigen. Er bietet ausbildungsbegleitende Hilfen für Jugendliche an und berät Jugendliche mit Alkohol- und Drogenproblemen. Eine betreute Wohngruppe für Jugendliche soll bald entstehen.

In den Jugendwerkstätten des IB in Schwarzenbek und Ratzeburg stellen benach-

teiligte Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, Schulabbrecher sind oder sich in problematischen Lebenssituationen befinden und keine berufliche Perspektive haben, handwerkliche Produkte her. Dabei werden sie fachlich angeleitet. Diese Holz- oder Metallprodukte, Gartenbänke beispielsweise oder Feuerkörbe, werden zum Selbstkostenpreis verkauft oder auf Auftrag gefertigt. Es wird darauf geachtet, dass die Jugendlichen ihre Arbeit gemeinsam planen, organisieren und ausführen. Dieser Arbeitsprozess in der Werkstatt soll es Jugendlichen ermöglichen, einen Einstieg in ihren Berufsweg zu finden, zu erproben, was sie können, herauszufinden, was sie beruflich tun möchten und können, und ihnen helfen, ein Arbeitsverhalten zu entwickeln, mit dem sie in der Arbeitswelt bestehen können. Eine pädagogische Begleitung unterstützt die Jugendlichen bei diesem Orientierungsprozess.

Melanie Pfau aus der Jugendwerkstatt informiert: *„Unsere Jugendwerkstatt – sie ist inzwischen an die zwölf Jahre alt – ist eine zum größten Teil vom Kreis finanzierte Einrichtung, die Jugendlichen helfen soll, dass sie beruflich wieder eingegliedert werden. Sei es, dass man sie in Ausbildung oder direkt in Jobs vermittelt. Zu uns kommen Jugendliche, die man als sozial benachteiligt bezeichnet, die einen schlechten oder gar keinen Schulabschluss haben oder aus anderen Gründen Schwierigkeiten haben, direkt nach der Schule einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Wir arbeiten auch sehr eng mit dem Jugendamt zusammen. Vielfach leiden die Jugendlichen unter familiären Problemen. Wir betreuen auch viele Jugendliche, die nicht zu Hause wohnen, sogar welche, die auf der Straße leben. Wir unterbreiten ein ganz niederschwelliges Angebot, aber dennoch haben wir unsere Regeln. Die Jugendlichen*

„Wir haben schon bemerkt, dass wir zwar an den politischen Einstellungen der Jugendlichen nicht viel ändern können. Aber zumindest nehmen die Gewaltakte ab.“

verpflichten sich, wenn sie hier anfangen, regelmäßig zu kommen, sich krankzumelden usw. Sie müssen einfach diese Basisfertigkeiten lernen, die das Arbeitsleben von ihnen fordert. Wir haben nicht nur die Jugendwerkstatt hier in Schwarzenbek, sondern auch eine in Ratzeburg, die jetzt drei Jahre alt ist.“¹¹

Produktives Miteinander im bunten Durcheinander? Unterschiedliche Jugend- und Herkunftsmilieus in den Jugendwerkstätten des IB

Die Jugendwerkstatt besuchen Jugendliche aus Schwarzenbek und Umgebung, meistens Jugendliche deutscher Herkunft, hin und wieder aber auch Kinder von Arbeitsmigranten oder jugendliche Zuwanderer und Flüchtlinge aus Afrika oder aus den europäischen Krisenregionen. Die benachbarte Jugendwerkstatt Ratzeburg wird häufig von überdurchschnittlich vielen Jugendlichen aus rechten Cliquen frequentiert. Gemeinsame Unternehmungen beider Jugendwerkstätten verliefen bisher

immer ohne handfeste Auseinandersetzungen, erforderten jedoch gründliche Vorbereitungen in beiden Jugendwerkstätten, wie Frau Pfau betont: „Man braucht eine Menge Vorbereitung dafür, man kann nicht einfach dann gemeinsam mit den beiden Jugendwerkstätten zusammen eine Aktion starten, man muss die

Jugendlichen schon vorher darauf einstimmen, damit es dabei nicht doch zu einer Keilerei kommt. Denn auf der einen wie auch auf der anderen Seite gibt's oft irgendwelche spitzen Bemerkungen, die dann irgendwann mal in Gewalt ausarten könnten.

Es gibt zwei Zentren der Rechtsradikalen hier im Kreis. Einmal bei Lauenburg und dann eben Ratzeburg. Wie sich das gebildet hat, kann keiner so richtig erklären. Aber ich vermute, Ratzeburg hat noch eine dörflichere

¹¹ Die kursiv gedruckten Zitate basieren auf einem Interview mit der Leiterin der Jugendwerkstatt, Melanie Pfau, und dem Kfz-Meister und Ausbilder Michael Goldbach am 20. 9. 2002 in Schwarzenbek.

Struktur, vielleicht ist dadurch die Einstellung konservativer. Die andere Sache: In Ratzeburg gibt es bei weitem nicht so viele Ausländer wie in Schwarzenbek. Und dadurch werden dort auch mehr Vorbehalte existieren. Und dann gibt's in Ratzeburg keinerlei kontinuierliche Jugendangebote. Der dortige Jugendtreff hat wegen Personal- bzw. Geldmangels nicht kontinuierlich geöffnet. Und die Sportangebote reichen natürlich nicht aus. Da gibt's schon massive Probleme, was Gewalt angeht zwischen den Jugendlichen – zwischen den deutsch-russischen Jugendlichen, und den rechtsradikalen Jugendlichen wie auch zwischen den rechtsradikalen und den linksradikalen, weil mittlerweile da eben auch eine linke Gruppe ist.

Im Netzwerk haben wir dieses Problem aufgegriffen, und wir wollen auch da Kontakt nach Ratzeburg aufbauen. Wir versuchen immer, nicht zu viele Rechtsradikale in unsere Jugendwerkstatt in Ratzeburg aufzunehmen, weil sonst keine ausländischen Jugendlichen mehr zu uns kommen. In der Jugendwerkstatt, unter Betreuung, können die Rechten sogar mit Kurden zusammenarbeiten. Man muss halt aufpassen, dass es nicht kippt. In so einer Jugendwerkstatt ist ja auch immer ein gewisser Rahmen vorgegeben. Wenn dieser vorgegebene Rahmen wegfällt und die Jugendlichen begegnen

sich in der Freizeit, dann kann das natürlich leichter eskalieren. Wir haben schon bemerkt, dass wir zwar an deren politischen Einstellungen nicht viel ändern können. Aber zumindest nehmen die Gewaltakte ab. Die Jugendlichen erkennen also, dass sie sich mit Gewaltaktionen das Leben verbauen. Sie haben Gerichtsverfahren zur Konsequenz, man muss dann vielleicht auch mal in Jugendarrest gehen, darüber machen sie sich doch zunehmend Gedanken. Dadurch, dass wir versuchen, beruflich eine Perspektive aufzubauen, merken sie: „Wenn ich eine Ausbildung anfangen kann ich nicht zwischendurch in Jugendarrest gehen. Das wäre ein bisschen ungünstig.“

Politische Bildung in der Jugendwerkstatt: der Linientag

„Freitags haben wir immer unseren Linientag. Das ist ein Begriff, der kommt eigentlich aus Schweden. Das ist der Tag, wo man sich zusammensetzt, wo man Unterricht macht und gemeinsam Wochenrückblick hält, Wochenplanung macht und zum Abschluss noch ge-

meinsam frühstückt. Im Rahmen dieses Unterrichts machen wir zwar auch politischen Unterricht, aber leider nicht so regelmäßig, weil wir an diesen Tagen auch Werkzeugkunde oder Bewerbungstraining durchführen. Jetzt behandeln wir aus aktuellen Gründen die Bundestagswahl. Wir informieren uns über die verschiedenen Parteien, und es wird geklärt, wie das Wahlsystem eigentlich funktioniert. Bei den politischen Themen muss man natürlich immer auf die Dosierung achten: nicht zu viel und nicht zu langatmig. Ein bisschen haben wir auch schon mit dem IB-Ordner ‚Materialien zur politischen Bildung‘ gearbeitet, vor allem das Einstiegsspiel kam sehr gut an.

Einmal im Jahr machen wir im Sommer ein Wochenseminar zur politischen Bildung. In den letzten Jahren hat das immer in Berlin stattgefunden, finanziert von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bei diesen Seminaren gibt es natürlich Schwerpunktthemen. Wir hatten auch schon mal den Schwerpunkt Rechtsextremismus und deutsche Vergangenheit. Letztes Mal haben wir uns mit den verschiedenen Kulturen in der Stadt Berlin

beschäftigt. An diesen Seminaren beteiligen sich Jugendliche aus den Werkstätten in Ratzeburg und Schwarzenbek. Das ist natürlich freiwillig, und nicht alle, sondern eben die Interessierten fahren mit. Manche Jugendliche haben wirklich Hemmungen, schon ihr Stadtviertel zu verlassen, geschweige denn ihre Stadt mal zu verlassen. Für uns ist es manchmal schwierig, auch die mit ins Boot zu locken.“

Von der lockeren Zusammenarbeit zum Netzwerk gegen Gewalt

Herr Goldbach, gelernter Kfz-Meister und fachlicher Betreuer der Jugendlichen in der Jugendwerkstatt Schwarzenbek, beschreibt, wie sich die Zusammenarbeit der Jugendhilfeträger langsam entwickelte: „Zuerst kam der Stadtjugendpfleger und hat gefragt, ob wir ihm helfen können. Wir konnten und haben es gern getan. Dann kam der Straßensozialarbeiter dazu, der hatte sein Holzhausproblem, und das haben wir in Ordnung gebracht. Der

Projektwoche „Für einander eintreten und miteinander leben“, Mai 2002

Der Internationale Bund hat drei Projekte angeboten, die unter dem Motto „Für einander“ standen. Zum einen wurde mit einer Gruppe eine Metallskulptur aus Schrottteilen geschweißt. Die Verarbeitung unterschiedlicher Materialien zu einer Skulptur soll symbolisch für das Zusammenleben und die Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen in einer Gesellschaft, für das Für einandereintreten, das Für einanderdasein und Miteinanderleben stehen. Zum anderen wurden von einer anderen Gruppe Stühle bearbeitet und mit Farben unterschiedlicher Nationalflaggen bemalt. Dazu hat eine dritte Gruppe Plakate mit dem Schriftzug „Für einander“ in den unterschiedlichen Sprachen entworfen, wobei die Hintergrundmotive von den Jugendlichen selbst entwickelt wurden. Die Ergebnisse dieser drei Projekte sollen nicht nur in der Schule ausgestellt, sondern auch bei anderen Anlässen der Öffentlichkeit dargeboten werden. Hervorzuheben bei diesen Projekten ist, dass das Motto „Für einander“ nicht nur durch die Plakate, die Skulptur und die Stühle symbolisiert wird, sondern sich in der praktischen Arbeit realisierte, indem nicht nur SchülerInnen der Nord-Ost-Schule an der Projektarbeit beteiligt waren, sondern auch SchülerInnen der Centa-Wulf-Schule, der Compe-Schule und TeilnehmerInnen der Jugendwerkstätten Schwarzenbek und Ratzeburg.

(Pressemitteilung der Jugendwerkstatt des IB Schwarzenbek)

Außer den drei Aktivitäten des IB führten Straßensozialarbeiter eine Konfliktlotsenausbildung an der Nord-Ost-Schule durch, ein Kooperationsprojekt zwischen Schule und Stadtjugendpfleger gestaltete ein Video-Projekt zum Thema „Gewalt“ und in Zusammenarbeit mit dem Jugendtreff betätigten sich Jugendliche mit Aerobic, töpferen und spielten Didgeridoo.

Projektwoche „Füreinander eintreten und miteinander leben“; Juli 2002, Ausstellung im Schwarzenbeker Rathaus

Straßensozialarbeiter brachte dann den Diakon mit, der hatte einen Jugendlichen, den er hier in der Jugendwerkstatt unterbringen wollte und der uns kennen lernen wollte. Und was wir machen, fand er gut.“

Die Träger der Jugendhilfe und die Schulen arbeiten heute in dem kleinen überschaubaren Städtchen eng zusammen. Man trifft sich, man kennt sich, man spricht miteinander, man hilft sich, manchmal ist man aufeinander angewiesen. Diese Kooperation war und ist unspektakulär. Den Beteiligten geht es nicht um jugendpolitische Strategien, nicht um Programmatisches oder darum, den eigenen methodischen Ansatz der Arbeit als den Königsweg darzustellen. Es ging und geht um alltägliche Dinge, um die Kleinigkeiten, die für die praktische Arbeit so wichtig sind: Der Straßensozialarbeiter und die Mitarbeiter der Jugendwerkstatt tauschen regelmäßig ihre Erfahrungen aus, informieren sich gegenseitig über Jugendliche und beraten, wie am besten zu helfen sei. Für den neuen Schulleiter war es selbstverständlich, sich in den Jugendhilfeeinrichtungen der Stadt vorzustellen. Die sporadischen „bi- und trilateralen“ Kontakte verfestigten sich mit der Zeit. Herr Goldbach weiß tausend Beispiele, wie unkompliziert die praktische Zusammenarbeit vonstatten geht: „Das geht

„Die Jugendlichen, die die Plakate gemacht haben, die waren gar nicht mehr zu bremsen.“

ganz locker, die kommen hier in die Jugendwerkstatt rein, wenn in der Schule was gebraucht wird, und fragen: ‚Kannst du mir da was bauen?‘, oder da oben im Stadtteil Nord-Osten, da ist auch so ein kleiner Jugendtreff, da war immer was zu machen, nicht? Dann

haben wir gesagt, ‚Gut machen wir.‘ Und so kam dann der dazu und der dazu, und so ging das halt weiter. Der neue Schulleiter von der Centa-Wulf-Schule hat sich bei uns vorgestellt, und wir sind gleich ins Gespräch gekommen. Er konnte kostenlos Holz von einem Werk besorgen, hatte aber kein

Fahrzeug. Wir hatten ein Fahrzeug und haben das Holz besorgt und aufgeteilt zwischen unseren Jugendwerkstätten in Ratzeburg und Schwarzenbek und seiner Schule. Und so ist diese Zusammenarbeit entstanden, und so ging es immer weiter.“

Als das Land Schleswig-Holstein der Stadt 5.000 Euro zur Verfügung stellte, um Projekte gegen Jugendgewalt zu organisieren, entstand ein konkreter Anlass, der die Jugendhilfeeinrichtungen der Stadt an einen Tisch brachte. Sie berieten, was mit den Mitteln geschehen soll. Frau Pfau legt dar, dass dieser Zuschuss die Zusammenarbeit der Jugendhilfeträger sehr beschleunigte: „Das Witzige an den Landesmitteln, die wir für Schwarzenbek erhalten

haben, war, dass sie gebunden waren für Projekte zwischen Schulen und anderen Trägern. Und da haben wir natürlich gesagt, Mensch, wir müssen die Schulen mit reinkriegen in diese Projektwoche. Das Dumme war: Die Mitteilung über die Möglichkeit, Fördermittel zu beantragen, kam mitten in den Herbstferien, und der Antrag sollte am besten gleich gestern geschrieben worden sein. Das heißt, wir mussten die Lehrer, die wir kannten, aus dem Urlaub holen. Und dann ging es ganz schnell, dass wir etwas auf die Beine gestellt haben. Wir wollten das Geld ja nicht verfallen lassen, sondern haben uns gesagt, da kann man so viel Gutes mit machen. Ideen hatten wir ja vorher schon genug gehabt, die wir nun in die Tat umsetzen konnten.“

Sie einigten sich darauf, eine Projektwoche gegen Gewalt durchzuführen. Da die Beteiligten schon vorher gute Erfahrungen mit ihrer Zusammenarbeit gemacht hatten, die durch die gemeinsame Arbeit an der Vorbereitung dieser Projektwoche gefestigt wurde, lag es nahe, sich fortan regelmäßig zu treffen und noch weitere Institutionen einzuladen, die sich mit den Schwarzenbeker Jugendlichen befassen. Die Kirchen, die Sportvereine und die Polizei wurden gebeten, doch auch an den regelmäßigen Gesprächen teilzunehmen. Und so entstand ein aktives lokales Netzwerk der Jugendhilfe.

Die erste gemeinsame Aktion: Projektwoche „Füreinander eintreten und miteinander leben“

„Wir hatten schon vorher gute lockere, informelle Kontakte zu den Schulen. Im Herbst 2001 erfuhren wir, dass das Land Schleswig-Holstein finanzielle Mittel in nicht unerheblicher Höhe für Projekte gegen Gewalt und für Toleranz zur Verfügung stellt. Für Schwarzenbeker wurden 5.000 Euro zur Verfügung gestellt. Das bot den Anlass und die Möglichkeit, hier in Schwarzenbeker etwas auf die Beine zu stellen. Der IB, die Schwarzenbeker Schulen, die Stadtjugendpflege, der Jugendtreff, die Stra-

ßen- und Sozialarbeit und die Diakonie haben sich zusammengetan. Wir haben festgestellt, dass wir letztlich die gleichen Interessen und die gleichen Zielgruppen haben, und wir hatten alle das Gefühl, dass wir noch mehr Angebote in der Jugendarbeit machen müssen. Da lag es für uns nahe, dass wir gemeinsam etwas auf die Beine stellen können, und wir haben uns konkrete Projekte überlegt, Fördermittel

waren ja nun bereitgestellt.

Das Erste, was wir zusammen gestartet und gestaltet haben, war eine Projektwoche in der Nord-Ost-Schule im Mai 2002. Gemeinsam heißt, dass sich die Diakonie und die Straßen- und Sozialarbeiter zusammengeschlossen haben und gemeinsam ein Anti-Ge-

walt- und Konfliktlösungstraining angeboten haben. Wir von der Jugendwerkstatt haben insgesamt drei Projekte angeboten: Unter diesem Motto ‚Füreinander‘ haben unsere Jugendlichen eine Metallskulptur aus Schrott geschweißt. Sie haben unter diesem Motto verschiedene Stühle mit Flaggen lackiert und Plakate erstellt, auf denen in verschiedenen Sprachen das Wort ‚Füreinander‘ stand. Die Jugendlichen, die die Plakate gemacht haben, die waren gar nicht mehr zu bremsen. Die haben auch wirklich gute Leistung gebracht. Also ich weiß noch, da kam eine Kunstlehrerin vorbei und hat sich die Plakate angesehen, auf denen standen die Namen der jugendlichen Künstler. Auf einmal hat sie einen Namen wiedererkannt und erstaunt gerufen: ‚Was, nein, das ist doch nicht meine Schülerin! Das hätte die nie gemacht!‘ ‚Doch, das war sie!‘ ‚Der muss ich direkt ‚ne Note besser geben‘, meinte sie.

An dieser Projektwoche in der Nord-Ost-Schule haben die Jugendlichen aus unserer Jugendwerkstatt und Schüler anderer Schulen teilgenommen. Bemerkenswert ist vielleicht auch, dass das alles in der regulären Unterrichtszeit stattfand. Der Stadtjugendpfleger hat zusammen mit einer Lehrerin aus der Nord-Ost-Schule ein Videoprojekt zum Thema Gewalt durchgeführt und so weiter. So konnten die Jugendlichen auch ein bisschen über ihren Tellerrand hinausschauen und sehen, welche Angebote es für sie in anderen Stadtteilen gibt, denn die Jugendlichen sind sehr

„Es ist eben nicht so, dass wir ihnen das nur vorpredigen. Es geht wirklich um das praktische Handeln.“

auf ihren jeweiligen Ortsteil fixiert, die Jugendlichen aus Nord-Ost beispielsweise, gehen nicht in den Jugendtreff in der Stadtmitte, obwohl der eine Menge anbietet. Die Nord-Ost-Jugendlichen denken, im Jugendtreff in der Stadtmitte sind zu viele türkische Jugendlichen, im Nord-Osten hingegen gibt es viele Deutschrussen, da gibt's noch viele Vorbehalte und Vorurteile.

Wir arbeiten daran, diese Hemmschwellen abzubauen. Wir wollen, dass sich die Jugendlichen aus den verschiedenen Gruppen kennen lernen und gemeinsam etwas unternehmen, in gemischten Gruppen. Und ich glaube, da haben wir mit der Projektwoche einen ganz guten Erfolg gehabt. Die Ideen kamen von den Jugendlichen selbst, und wir haben die Ergebnisse der Projektwoche einen Monat lang im Rathaus ausgestellt, bei einer sehr guten Resonanz der Bevölkerung. Natürlich haben wir unsere Aktivitäten unter das Motto ‚Schwarz-Rot-Bunt. IB Pro Demokratie und Toleranz‘ gestellt. Wir planen jetzt weitere Projekte in dieser Richtung und haben auch den Sportverein in dieses Netzwerk mit eingebunden.

Leider konnten wir die rechtsorientierten Jugendlichen aus der Jugendwerkstatt Ratzeburg noch nicht in die Schwarzenbeker Projektwoche integrieren. Aber eher aus organisatorischen Gründen, weil ein so großer Andrang von Jugendlichen herrschte. Aber wir haben schon versucht, bevor dieses Netzwerk kam, rechtsorientierte Jugendliche in unsere doch multikulturelle Gruppe in Schwarzenbek mit einzubinden, etwa bei den Renovierungsarbeiten für das Holzhaus, wie

vorhin schon erwähnt. Das geht aber nur sporadisch, Ratzeburg ist immerhin 30 km entfernt, und es muss immer der Transport organisiert werden usw.

Herr Goldbach ist zuversichtlich, dass sich das Netzwerk als eine stabile Einrichtung auch in der Zukunft bewähren wird und dass die Jugendwerkstatt des IB darin auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird:

„Irgendwie sind alle in dieser Gruppe, in diesem Netzwerk, auf einer Linie. Wir besprechen eben, wo die Probleme sind, und versuchen sie zu lösen. Das ist eben so von sich aus gewachsen, und ich finde es so in Ordnung. Und da die verschiedensten Träger, alle eigentlich, beteiligt sind, kann man auch wirklich viel machen. Und wenn's nur Kleinigkeiten sind, wenn die Schule Nord-Ost zum Beispiel – die Schulen haben ja auch kein Geld –, wenn die zu uns kommen und fragen: ‚Kannst mir mal 'ne Pinnwand bauen‘ oder irgend-etwas, was man in einer Jugendwerkstatt machen kann, und dann bezahlen sie das eben aus den Spenden, die sie von den Eltern bekommen und so weiter. Auf diese Weise haben wir schon Sitzbänke in Trapezform gebaut und damit die Spielecke in der Pausenhalle einer Schule ausgestattet.“

Kontakt

IB Schwarzenbek, Jugendwerkstatt
Schefestraße 1 b
21487 Schwarzenbek
Tel.: 04151-81418

Bildungszentrum Schwarzenbek/Lübeck
Lauenburgerstraße 10
21487 Schwarzenbek
Tel.: 04151-89160
Fax: 04151-891626

E-Mail:
Melanie.Pfau@internationaler-bund.de

Verbund Hamburg/Schleswig-Holstein

„Das Aufeinanderzugesehen muss gefördert werden!“

Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus in Braunfels

Auf den ersten Blick scheint die Welt im kleinen Städtchen Braunfels bei Wetzlar völlig in Ordnung zu sein. Es ist gerade 750 Jahre alt geworden, beherbergt mit seinen eingemeindeten Ortsteilen rund 11.500 Einwohner und schmückt sich mit heimeligen Fachwerkhäusern, einem veritablen Schloss und dem Attribut Luftkurort. „Eine Stadt wie aus dem Bilderbuch“, ein „Luftkurort zum Aufatmen“ locken die Werbetexter Besucher in den Ort. Dennoch: Jenseits der Werbesprüche findet derjenige, der genauer hinsieht, manches, was dieser Bilderbuchzeichnung widerspricht. In Braunfels sind 2002 etwa elf Prozent aller jungen Leute unter 25 Jahren arbeitslos, im Landkreis sogar 15,7 Prozent. Elf Prozent der Einwohner sind Zuwanderer, die sich in sechs Prozent deutschstämmige Aussiedler aus den GUS-Staaten und fünf Prozent Arbeitsmigrantenfamilien aus Südeuropa, die teilweise schon seit Jahrzehnten in dem mittelhessischen Städtchen ansässig sind, aufteilen. Braunfels befindet sich überdies in einer ländlichen Region, in der rechte Jugendcliquen und organisierter Rechtsextremismus von Erwachsenen überdurchschnittlich in Erscheinung treten.

Keine zehn Kilometer von Braunfels entfernt liegt das Städtchen Ehringshausen. Es ist etwas kleiner als Braunfels, kein Schloss schmückt es, und Luftkurort kann es sich auch nicht nennen. Trotzdem ist es bekannter als Braunfels, bundesweit bekannt sogar. Bei den Kommunalwahlen 1997 erreichte die NPD 22,9 % der Stimmen und fuhr damit bundesweit das beste Ergebnis ein, das diese rechtsextreme Partei in der Geschichte der Bundesrepublik je erreicht hat. Zwar konnte sie dieses Spitzenergebnis bei den Kommunalwahlen 2001 nicht halten und erlitt mit einem Wahlergebnis von 7,1 % starke Verluste, konnte aber immerhin noch zwei ihrer Parteigänger in den Stadtrat entsenden.¹² Diese Aufsehen erregenden Erfolge resultieren aus einer tiefen Verwurzelung der NPD-Clique im Ort, deren Kristallisationskern eine äußerst aktive Familie ist, die eine braune Keimzelle um sich geschart hat: eine Gruppe von Leuten, die nicht nur den Ewiggestrigen eine Heimat bieten will. Sie hat es vor allem auf die Jugendlichen des Landstrichs abge-

sehen, die sie durch Abenteuerhaftes und den Gruppenzusammenhalt in ihren rechtsextremen Bann ziehen will.

Rechte Jugendcliquen auf dem Lande

Dass rechtsextreme Jugendcliquen nicht nur, wie häufig angenommen, in den neuen Bundesländern verbreitet sind, sondern dass auch in den alten Bundesländern viele Jugendliche einen „rechtsextremen Jugendalltag“ leben, wurde in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit kaum beachtet. Benno Hafener und seine Mitarbeiter haben in einer Untersuchung 1999/2000 erstmals rechte Jugendcliquen in einem westlichen Bundesland, in Hessen, untersucht (siehe Kasten: Zum Weiterlesen). Dabei beleuchten sie ein Spektrum von informellen verschwommen rechtsorientierten Jugendgesellungen bis hin zu organisierten Jugendgruppen, die fest in rechtsextremen, neofaschistischen Netzwerken verankert sind. Nach dem Grad ihrer Involviertheit in das organisierte rechtsextreme Netz und dem Grad ihrer ideologischen Verfestigung unterscheiden sie bei den Cliques, die „ein breites Spektrum von Lifestyle-zusammenhang, Mentalitäten, Verhaltensweisen und organisatorischen Formen“ aufweisen und in denen vorwiegend männliche Jugendliche organisiert sind, während Mädchen nur als geduldetes „Beiwerk“ vorkommen, drei Cliquentypen:

- Weiche Cliques, die informell und offen strukturiert sind. Sie sind als Clique meistens nicht oder kaum zu erkennen. Ihre Mitglieder klopfen rechtsextreme Sprüche, hören rechtsextreme Musikgruppen, äußern ausländer- und fremdenfeindliche Meinungen und bekennen sich oft in ihrem Outfit und Gehabe zur rechten Szene. Die Zusammensetzung dieser Gruppen fluktuiert sehr stark.
- „Mittlere Cliques mit einem festeren Kern, mit deutlichen und aggressiven Mentalitäten, sie treten offener auf; Musik und Outfit gehören zum bekennenden/provozierenden Repertoire.“

¹² Landesamt für Verfassungsschutz Hessen: Kommunalwahlen 2001. Agitation und Ergebnisse rechts- und linksextremistischer Parteien und Bündnisse. O.O., o.J., S. 11 und 15.

■ *Harte Cliques haben einen harten Kern und ein (fast) geschlossenes Weltbild, sie neigen zur Gewalt und legitimieren personale Gewalt. Sie haben z.T. Kontakte zum organisierten Rechtsextremismus, agieren z.T. gewalttätig und treten offen auf, beken- nen sich als Skinheadgruppen und sind auch Polizei und Justiz durch rechtsextrem/ fremdenfeindlich/antisemitisch motivierte Straftaten – Hasskriminalität – vielfach bekannt.*¹³

Auch Bernd Wagner, Kriminalist und Soziologe, einer der tiefsten Kenner rechter Jugendmilieus, betont die fließenden Übergänge von informellen, vage rechts orientierten Jugendgruppen bis hin zu straff organisierten neonazistischen Gruppen.¹⁴ Wohl wird man in den westdeutschen Bundesländern nicht von einer flächendeckend verbreiteten rechten Alltagskultur unter Jugendlichen sprechen können, wie dies in vielen Landstrichen in Deutschlands Osten der Fall ist. Aber dennoch gibt es hier Regionen, wo rechte Jugendcliques ein beunruhigendes und in der öffentlichen Wahrnehmung noch nicht genügend beachtetes Phänomen darstellen.

Louise Schick, geborene Braunfelserin, studierte Sozialpädagogin, seit 1996 für den Internationalen Bund in ihrem Heimatstädtchen in der Jugend- und Gemeinwesenarbeit tätig, kann diesen wissenschaftlichen Befund aus eigener Erfahrung nur allzu gut bestätigen. Sie betreut ein Übergangwohnheim, in dem etwa 150 deutschstämmige Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zeitweilig untergebracht sind. Dort leitet sie den Jugendclub mit Angeboten der offenen Jugendarbeit und den Lerntreff (Hausaufgabenhilfe und mehr), der mitten in der Stadt liegt. Einen Deutsch-Sprachkurs nur für Frauen hat sie ins Leben gerufen, Kinderbetreuung organisiert. Die Integration der Aussiedler in der neuen Hei-

„Die Jungen finden auf einmal Anerkennung mit ihrem rechten Getue.“

mat liegt ihr am Herzen, eine wissenschaftliche Begleitung dieser Aktivitäten durch die Universität Gießen begünstigt eine reflektierte Praxis. Kein Zweifel, der IB ist in Braunfels ein anerkannter und wichtiger Partner in der Jugend- und Sozialarbeit. So weiß die Orts- und Sachkundige von einem Braunfels zu berichten, das es hinter den schmucken Fassaden eben auch gibt:¹⁵

„Braunfels ist so eine ländliche Gegend, und dort haben sich rechte Cliques gebildet, es kam auch zu Übergriffen von rechten Jugendlichen. In der Nachbargemeinde Solms wurde der jüdische Friedhof beschmiert und ziemlich geschändet. Es kam zu Anzeigen, und da stellte sich heraus, dass es von einer rechten Clique organisiert war. Wir hatten in Braunfels auch braune Cliques. Die waren unübersehbar. Wir hatten in einem Stadtteil massive Schwierigkeiten. Es gibt viele Stammtischtäter. Das macht es ja im ländlichen Bereich so schwierig. Die Jungen finden auf einmal Anerkennung mit ihrem rechten Getue, das sie an den Tag legen. Weil der Opa oder der Papa, der ist ja auch rechter Gesinnung.“

Wie gegenwärtig rechtsorientierte Jugendcliques in Braunfels sind, bestätigt eine Umfrage unter Schülerinnen und Schülern der Gesamtschule Braunfels: 103 von 223 befragten Jugendlichen gaben an, Freunde aus dem rechtsextremen Milieu zu haben.¹⁶ Allzu oft haben die Medien in den letzten Jahren den Eindruck vermittelt, als seien rechte Jugendcliques, mehr noch, organisierter Rechtsextremismus unter Jugendlichen, fast ausschließlich im Osten Deutschlands verankert. Wer sich in der Region um Wetzlar umsieht, wird feststellen, dass rechte Jugendmilieus, von informellen rechten „weichen Cliques“ bis hin zum organisierten Rechtsextremismus, auch in Westdeutschland keine Ausnahmerecheinung sind.

„Was man nicht unterschätzen sollte, wir haben in der Nähe von Braunfels, in Ehringshausen, ein richtiges rechtes Nest, mehr noch, ein richtiges rechtes Netz. Von denen habe ich auch schon Schmäh-Faxe bekommen, als wir mit unseren Aktivitäten gegen rechts in der Zeitung standen. Das ist nicht zu unterschätzen. Auch in den kleinen Dörfern hier ringsum gibt es auffällig

13 Hafenecker, u.a., Rechte Jugendcliques in Hessen, S. 7.

14 Wagner, Rechtsextreme Milieus im Osten. A.a.O.

15 Die folgenden Zitate basieren auf einem Interview mit Frau Schick am 12. 9. 2002.

16 Wetzlarer Neue Zeitung, 25. 1. 2001.

viele rechte Jugendcliquen. Es liegt ja alles so nah beieinander. Gerade in diesen kleinen Dörfern und Städtchen kann so eine braune Clique ganz wirksam sein. Die kann das ganze Dorf in der Hand halten. Da kommen kleine Punker gar nicht auf die Idee, Punker zu sein. Diese rechten Cliquen haben auch deshalb eine so große Akzeptanz, weil bestimmte Bevölkerungsschichten auch nicht viel anders denken. So reden halt die Jugendlichen gar nicht so viel anders als ihre Väter bei ihrem Dämmereschoppen, vielleicht nur ein bisschen radikaler. Und so sind die Kids auf einmal akzeptiert. Das macht die Sache ein bisschen gefährlich.“

Gegenaktivitäten der Stadt und örtlicher Organisationen

„Aus diesem Zusammenhang heraus hat die Stadt nach der Schändung des jüdischen Friedhofs in Solms alle an einen Tisch eingeladen, die in irgendeiner Form mit Jugendlichen zu tun haben. Dann haben wir in dem Gremium überlegt, was man denn tun kann, um dieser Sache entgegenzustreben. Wir haben festgestellt, dass es ganz wichtig ist, Öffentlichkeit herzustellen. Wir haben uns überlegt, in welcher Form das geschehen könnte, und

kamen auf die Idee, einen Aktionstag mit Jugendlichen zu veranstalten. Mit diesem Tag wollten wir öffentlich gegen rechts auftreten, Schüler und Schülerinnen der Gesamtschule haben den Tag mitgeplant und waren aktiv dabei. Der Aktionstag sollte aber auch Auftakt zu weiteren Aktionen sein, keine Eintagsfliege.

Arbeitsgruppen haben die organisatorischen Dinge geplant, viele ausländische Geschäftsleute, von der italienischen Eisdielen über den Griechen bis zu den Asiaten, haben ihre Speisen angeboten. Nahezu alle Träger der Jugendarbeit waren dabei, vom städtischen und kirchlichen Jugendtreff bis zu den Sportvereinen.

Im Nachhinein würde ich natürlich einiges anders machen: Vor allem sollte man Jugendliche motivieren, viel mehr mitzuplanen und mitzuorganisieren, viel mehr! Sie müssen **viel mehr** das Gefühl haben: ‚Das haben wir für uns gemacht!‘ Aber wenn man sieht, was aus diesem Aktionstag bis heute für Einzelaktionen entstanden sind – wir haben einen Stadtjugendpfleger, wir haben eine pädagogische Tafelrunde, die sich um die Belange der Jugendlichen kümmert, ich bin fest in der Schule mit meinen politischen Seminaren –, dann hat sich ja einiges bewegt. Alle neuen Aktionen und Projekte sind miteinander verzahnt, untereinander vernetzt. Auch an meiner Person

kann man das sehen, ich bin in vieles gleichzeitig involviert und in jedem meiner Tätigkeitsbereiche – Übergangwohnheim, Lerntreff, Schule, Jugendarbeitstafelrunde, städtischer Arbeitskreis – ergeben sich eine Vielzahl von Vernetzungen mit anderen Personen und Einrichtungen der Jugendhilfe.“

Seminar „Umgang miteinander und mit dem Fremden“ 11. 3. bis 15. 3. 2002 in Berlin und Bernau mit 18 Mädchen und 9 Jungen einer 10. Klasse der Gesamtschule Braunfels

Montag, 11. 3. 2002

Anreise und Kennenlernen.

Dienstag, 12. 3. 2002

Seminarbeginn; Spiel: „Mein heimlicher Freund“, jede/r Teilnehmer/in kümmert sich besonders um eine/n Teilnehmer/in des Seminars.

Mittwoch, 13. 3. 2002

Stadtrundfahrt in Berlin; Aufgabe für Kleingruppen: Beobachten von Alltags- und Straßenszenen zum Thema des Seminars.

Donnerstag, 14. 3. 2002

Reflexion des Berlin-Ausflugs; Auflösung des Spiels „Mein heimlicher Freund“.

Freitag, 15. 3. 2002

Abreise.

Teilnehmerstimmen zum Seminar:

Franziska und Stefanie:

„Wir fanden das Seminar sehr interessant und denken, dass wir viel über andere und auch uns selbst gelernt haben. Wir haben viel über das Thema Gewalt erfahren, wie man damit umgeht und sie verhindern kann. Uns wurde durch Rollenspiele gezeigt, wie wir in bestimmten Situationen reagieren. Durch das Seminar haben wir erfahren, was wir tun oder wie wir handeln würden, wenn Gewalt angewandt wird und andere Menschen oder wir selbst bedroht sind.“

Andreas und Martin:

„Wir fanden das Seminar sehr interessant, weil wir sehr viel über uns selbst und über Konfliktlösungen erfahren haben. Die Rollenspiele haben uns die Chance gegeben, Konflikte verbal zu lösen. Das Seminar hätte unserer Meinung nach länger sein sollen, weil man so nicht genug Zeit hatte, alle Themen intensiv zu bearbeiten. Die Betreuer waren nett und gingen auf alle Probleme ein, die die Gruppe hatte.“

Vom Aktionstag zur Jugendbildungsarbeit

„Es war ein wunderschöner Tag, für alle Beteiligten, aber ich habe bald gemerkt, wenn wir nicht selbst weiter in Aktion bleiben, verläuft so etwas schnell im Sand. Ich habe anschließend Kontakt zum pädagogischen Leiter der Gesamtschule Braunfels gesucht und gefunden, der mir dann mitteilte, dass er mit seiner Schulklasse schon seit geraumer Zeit kleinere Aktionen gegen rechts gestartet hat. So fanden wir schnell eine gemeinsame Basis und haben überlegt, wie wir die Sache weiterführen können.“

Der Aktionstag war im August 2001, zwi- schendrin hatte ich Kontakt zur Schule aufgenom- men, zu den Schulklassen. Wir sind dann mit Schülern aus unserem Übergangswohn- heim und aus unserem Lerntreff nach Berlin gefahren, um ein viertägiges Seminar abzuhal- ten. Unsere Gruppe war ganz gemischt: Aus- siedlerjugendliche, Kinder von Arbeitsmigran- ten aus der Türkei und hier geborene deutsche Jugendliche. Wir haben zum Beispiel Rollen- spiele gemacht, das war sehr beeindruckend.

Da sind ganz tolle Sachen passiert. Wir haben uns beschäftigt mit dem Thema ‚Ich und das Fremde‘ (Wo sind meine eigenen Barrieren im Kopf?), die haben mitgemacht, der Klassen- lehrer und ich natürlich auch, waren in der Gruppe involviert und haben dann eine Aus- wertung des Seminars gemacht.“

Grenzen akzeptieren – auch wenn es schwer fällt

„Ich glaube nicht, dass wir alle Klassenmit- glieder erreicht haben. Wir hatten ja auch ‚Glatzen‘ dabei. Ob ich die erreicht habe, weiß ich nicht. Also einen ganz bestimmt nicht. Der hat bei unserem Besuch in der Gedenkstätte Hadamar, als wir uns den Kellerraum angese- hen haben, wo tausende behinderte Menschen vergast wurden, einen ziemlich üblen Witz gerissen, worauf ich ihn hinauskomplimen- tierte. Da habe ich gemerkt, man stößt an Grenzen, an eigene Grenzen. Das war eine zehnte Klasse. Bei solchen Gelegenheiten merkt man, dass man früher ansetzen muss.“

Ich denke mir, das richtige Alter wäre eher mit zwölf oder dreizehn Jahren. Wir können mit unserer politischen und historischen Bildungsarbeit nicht alle erreichen und überzeugen.“

Dauerhafte Formen der Arbeit entwickeln

„Ausgehend von dem Aktionstag entsteht jetzt zwischen der Schule und dem Internationalen Bund eine dauerhafte Zusammenarbeit. Ich arbeite zusammen mit dem pädagogischen Leiter der Schule. Wir wollen derartige Seminare regelmäßig mit allen neunten Klassen durchführen. Das soll eine dauerhafte Institution werden. Wir locken sie am Anfang jedes Schuljahres und fahren vier, fünf Tage irgendwohin. Braucht gar nicht weit zu sein, wir visieren Hadamar mit der Gedenkstätte für die in der Nazizeit ermordeten behinderten Menschen an. In der dortigen Jugendbildungsstätte des IB können wir unsere Seminare veranstalten, und es besteht auch die Möglichkeit der Übernachtung. Am Anfang des Schuljahres machen wir dieses Seminar und schließen eine Auswertung an. Natürlich verbinden wir das mit einer

Besichtigung der Gedenkstätte. Es muss nicht immer Hadamar sein, aber gerade dort können wir die Kosten ziemlich gering halten; wir müssen nicht so weit fahren. Der Schulleiter steht auch dahinter, der unterstützt das sehr.

Ich habe gemerkt, dass die Jugendlichen sehr dankbar sind, wenn sie Alternativen zu gewaltförmigen Konfliktlösungen aufgezeigt bekommen. Viele Erwachsene denken: Die Jugendlichen wollen nicht. Das ist nicht wahr. Und ich denke mir, wenn ich sehe, wo ich jetzt mit meiner Arbeit angelangt bin, dass die Schule das fördert, dass sie das Seminar zur festen Institution werden lässt, dass wir jedes Jahr an der Schule einen Aktionstag im kleineren Format veranstalten. Das ist doch schon was.“

Der Aktionstag bildete den Auftakt zu einer engeren Zusammenarbeit der Schulen und der Träger der Jugendhilfe. Unmittelbar nach dem Aktionstag belebte die Stadt Braunfels den Jugendbeirat wieder, der lange

Z U M W E I T E R L E S E N

Thema: Rechte Jugendcliquen – Was tun?

Farin, Klaus: generation kick.de. Jugendsubkulturen heute. München: Verlag C. H. Beck 2001. (Kostenlos zu beziehen über die Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de.)

Farin, Klaus, Eberhard Seidel-Pielen: Skinheads. München: Verlag C. H. Beck 1993.

Hafeneger, Benno, u.a.: Rechte Jugendcliquen in Hessen. Szene, Aktivitäten, Folgerungen. Schwalbach: Wochenschau Verlag 2002.

(Kostenlos zu beziehen über die Landeszentrale für politische Bildung Hessen: www.hlz.de.)

Hafeneger, Benno, Mechthild Jansen: Rechte Cliques. Alltag einer neuen Jugendkultur. Weinheim und München: Juventa Verlag 2001.

(Kostenlos zu beziehen über die Landeszentrale für politische Bildung Hessen: www.hlz.de.)

IDA-NRW (Hg.): Rechte Jugendkulturen: Kennzeichen – Unterschiede – Zuschreibungen. Materialien zum Rechtsextremismus, Bd. 3. Düsseldorf 2000 (www.ida-nrw.de).

IDA-NRW (Hg.): Info-Mappe Rechtsextremismus aktuell. Eine Einführung. Düsseldorf 2001 (www.ida-nrw.de).

Klose, Christina u.a.: Gewalt und Fremdenfeindlichkeit – jugendpädagogische Auswege. Opladen: Leske und Budrich 2000.

Möller, Kurt: Rechte Kids. Weinheim und München: Juventa Verlag 2000.

Sturzbecher, Dietmar, Ronald Freytag: Antisemitismus unter Jugendlichen. Fakten, Erklärungen, Unterrichtsbausteine. Göttingen usw: Hogrefe Verlag 2000.

Wagner, Bernd: Rechtsextreme Milieus im Osten. In: Mecklenburg, J. (Hg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin: Berlin Verlag 1999.

nicht einberufen worden war. Am 1. 4. 2002 stellte die Stadt unbefristet einen Jugendpfleger an, der sich mit einer „Pädagogischen Tafelrunde“ sehr um die Vernetzung aller in der Jugendarbeit tätigen Einrichtungen bemüht.

Sehr wichtig ist allen Beteiligten, dass die Jugendlichen selbst Aktionstage und ähnliche Aktivitäten planen und organisieren. Louise Schick erläutert an einem kleinen Beispiel, wie der Internationale Bund gemeinsam mit der Stadt und anderen Organisationen und Einrichtungen, die sich beteiligen wollen, die Selbsttätigkeit der Jugendlichen fördert:

„Unsere Aussiedler-Jugendlichen haben teilweise auch rechte Ideen im Kopf. Sie sind handwerklich meist sehr geschickt, und das sollen sie auch zeigen können. In unserem nächsten Projekt wollen wir Aussiedler- und Ausländer-Jugendliche – ich nenne sie jetzt mal der Einfachheit halber so, obwohl sie meistens schon in Deutschland geboren sind – gemeinsam die Möglichkeit geben, sich eine Hütte zu bauen, die sie als Freizeittreff nutzen können. Die Idee kam vom Stadtjugendpfleger, und wir greifen sie gerne auf, denn das Verhältnis zwischen den Aussiedler-Jugendlichen und den einheimischen Jugendlichen ist sehr gespannt: Wenn man sie unangeleitet aufeinander loslässt, kommt es zu Konflikten.

In unserem Lerntreff sind die Jugendlichen in gemischten Gruppen zusammen, und es gibt dennoch keine gravierenden Reibereien auf Grund ihrer verschiedenen Herkunft oder kulturellen Prägung. Ich denke mir, dass unsereins durchaus eine Vorbildfunktion hat. Die Jugendlichen orientieren sich schon an uns.

Als mein Kollege die Fahrradwerkstatt des IB in Wetzlar eröffnet hat, haben sich türkische und Aussiedler-Jugendliche regelrechte Schlachten geliefert, das war sehr massiv. Auch in der Disko haben sich die beiden Grup-

pen Schlägereien geliefert, mit Baseballschlägern und allem Drum und Dran. Für die Stadt Wetzlar war das ein echtes Problem. Erst ein Streetworkerprojekt konnte solche Gewaltexzesse verhindern.

In der Zeit, als diese Schlägereien stattfanden, organisierte der Mitarbeiter der Fahrradwerkstatt eine Wochenend-Biker-Freizeit, mit Zelten und Lagerfeuer und allem Drum und Dran. Daran nahmen Türken, Kurden, Russen, Deutsche teil und kamen ganz gut miteinander aus. Unter Anleitung geht das alles. In diesen Projekten zeigt es sich immer wieder, dieses Nebeneinanderher, das bringt's nicht, das Aufeinanderzugehen, das muss gefördert werden. Dann bilden sich auch Freundschaften, auch zwischen Jugendlichen, die sich normalerweise vielleicht selbst im Klassenraum nicht mal angucken. Wir müssen wirklich immer drauf achten, wir sind Vorbilder, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht. Jugendliche achten sehr darauf, wie Erwachsene miteinander umgehen. Wir müssen da sehr bewusst in unseren Projekten dran arbeiten.

In meinem Lerntreff in Braunfels habe ich eine Weltkarte aufgehängt. Unsere Jugendlichen haben verschiedenfarbige Pfeile ausgeschnitten und an dieser Karte befestigt. So konnte man sehen, aus welchen Ländern sie oder ihre Eltern stammen. Dann haben wir zusammengezählt und kamen auf zehn Nationen. Aber es gab nur einmal eine Prügelei in unserem Lerntreff: Und bei der sind sich zwei Deutsche in die Haare gekommen.“

Kontakt

Internationaler Bund Braunfels
Louise Schick
Kirschenhohl 15
35619 Wetzlar-Braunfels
Tel./Fax: 06442-3255

E-Mail:
IB-Wetzlar@internationaler-bund.de

Verbund Frankfurt/Nordhessen

Farbe bekennen und die Öffentlichkeit sensibilisieren

Die Aktion Noteingang

Vom Ende der deutschen Zweistaatlichkeit bis zum September 2000 haben Gewalttäter, meist männliche Jugendliche oder junge Männer, aus rassistischen, antisemitischen oder rechtsextremistischen Motiven mindestens 93 Menschen ermordet: erschlagen und verbrannt, zu Tode gehetzt und geprügelt, weil sie „fremdländisch“ oder „jüdisch“ aussahen oder obdachlos waren.¹⁷ Ungezählt bleiben die wohl in die Tausende gehenden Übergriffe, bei denen die gleichen Personengruppen von den gleichen Täterkreisen aus den gleichen Motiven „nur“ körperlich verletzt, beleidigt oder gedemütigt wurden. Gedrängt von diesen alarmierenden Zuständen gründeten Jugendliche aus Bernau bei Berlin die „Aktion Noteingang“. Manfred Ritzau, Mitarbeiter im Hauptstadtbüro des IB, erinnert sich an die Anfänge dieser Initiative, die der IB und andere gesellschaftliche Gruppen bald aufgreifen sollten:

Die Anfänge

„Die Aktion Noteingang ist 1998 von jungen Menschen in Bernau gegründet worden mit dem Ziel, dass sie die Öffentlichkeit aufrütteln wollten, um Aktionen vor allem gegen Rechtsextremismus damit impulshaft weiterzu-

„Die BVG ist so weit gegangen, dass sie eine Betriebsvereinbarung verabschiedet hat, dass rassistische, fremdenfeindliche Äußerungen dazu führen können, dass die Mitarbeiter fristlos gekündigt werden.“

entwickeln. Der Hintergrund sind der Tod eines Afrikaners in Eberswalde, der von jungen Rechtsextremen getötet wurde, und Überfälle auf einen Gambier und einen Vietnamesen in Bernau. Zwar hat die Aktion Noteingang anfangs keine so breite Unterstützung gefunden, aber sie

hat sich ganz sukzessive entwickelt, und es gab vereinzelte Rathäuser und auch Läden und Einrichtungen, die diesen Aufkleber auch benutzt haben. Aber es ist eine

mühsame Angelegenheit gewesen, die immer noch auf Brandenburg begrenzt war. Mir hat diese Aktion aber gefallen. Und da haben wir im Hauptstadtbüro des IB mit unserem Vorstandsmitglied Frau Schott überlegt, ob wir diese Aktion Noteingang denn nicht in Berlin oder noch besser für den gesamten Internationalen Bund ausweiten sollen. Daraufhin habe ich mich mit den Grünen in Berlin in Kontakt gesetzt und festgestellt, dass die Grünen an dieser Aktion schon dran sind. Wir haben Kooperationstreffen vereinbart und haben gemeinsam mit dem Einzelhandelsverband diese Aktion auch in Berlin gestartet. Wir konnten eine Vielzahl von großen Einrichtungen gewinnen, zum Beispiel die Berliner Verkehrsbetriebe, den Einzelhandelsverband mit 200.000 Mitgliedern, die deutsch-türkische Gesellschaft, Reisebüros. So hat sich ein recht illustrierter Kreis von Unterstützern der Aktion Noteingang in unserem Ausbildungszentrum, dem Hotel am Kurfürstendamm des Internationalen Bundes, zusammengefunden, und dort war im November 2000 der Start der Aktion Noteingang in Berlin.

Unter großem Presseecho hat dann eine unserer Auszubildenden, so weit ich mich erinnern kann eine iranischstämmige junge Frau, das erste Schild ans Hotel angeklebt. Wenn Sie sich in Berlin umgucken, werden Sie feststellen, dass in den meisten S-Bahnen und Bussen diese Schilder auch angeklebt sind. Das war auch ein sehr schwieriger Prozess mit den Ladenbesitzern, die davon zu überzeugen. Es ist gelungen, es zum Beispiel im KadeWe zu machen, dem größten und internationalsten Kaufhaus in Deutschland, die haben die Aktion mitgemacht. Aber bei den kleinen Läden ist es uns nicht gelungen, alle zur Unterstützung der Aktion zu bewegen.

Wir haben Arbeitstreffen vereinbart, Aktionen vor großen Einkaufszentren gemacht dazu, mit Menschen gesprochen, festgestellt, dass es prinzipiell eine große positive Resonanz gibt. Allerdings würden viele es nicht selber machen. Sie finden es gut, sie wollen es aber nicht selber tun. Die BVG¹⁸ ist so weit gegangen, dass sie eine Betriebsvereinbarung verabschiedet hat, dass rassistische, fremdenfeindliche Äußerungen dazu führen können, dass die

¹⁷ Diese Todesfälle haben „Der Tagesspiegel“ und die „Frankfurter Rundschau“ dokumentiert: www.frankfurter-rundschau.de/fr/spezial/rechts/index.htm

¹⁸ BVG: Berliner Verkehrsgesellschaft.

Start der Aktion Noteingang in Berlin. Frau Funda Sen, angehende Hotelfachfrau, und Herr Norbert Holst, Geschäftsführer des Verbundes HOGA-Berlin des IB, bringen den ersten Aufkleber am Hotel am Kurfürstendamm, einer Ausbildungsstätte des IB, an.

Mitarbeiter fristlos gekündigt werden. Das ist letztendlich auch auf dem Hintergrund passiert, dass wir die Aktion Noteingang entwickelt haben, und sie sind eingestiegen und haben gesagt: ‚Wir geben den Weg weiter, weil wir Dienstleister sind. Unsere Zukunft und unser Geld hängen davon ab, wie freundlich wir den ausländischen Besuchern gegenüber sind.‘ Das ist natürlich ein Riesenerfolg. Ich denke auch, obwohl das jetzt nicht permanent in der Öffentlichkeit diskutiert wird, regt es immer wieder an und auf.

*Viele Einrichtungen des Internationalen Bundes haben diese Aktion übernommen, vor allen Dingen in Ostdeutschland, jedoch nur vereinzelt in Westdeutschland.*¹⁹

Die Ziele

Die Aktion verfolgt ein doppeltes Ziel: Vor allem und zuerst will sie in der Öffentlichkeit dokumentieren, dass die sie tragenden Organisationen, Betriebe, Verbände, Parteien und Einrichtungen nicht gewillt sind, den gewalttätigen rechtsextremistischen Umtrieben still und stumm zuzusehen. Die vieltausendfach an Geschäften und Gaststätten, Einrichtungen und Büros, Bussen und Bahnhöfen und an öffentlichen Gebäuden wie dem Berliner Abgeordnetenhaus angebrachten Aufkleber sollen die Öffentlichkeit auf die Gefährdung von Menschen hinweisen, die Rechtsextremisten als fremd und überflüssig definieren und verfolgen. Sie stellen gleichsam einen Aufruf an alle dar, nicht wegzusehen und diese Übergriffe nicht zu dulden. Daneben

verpflichten sich die beteiligten Einrichtungen, realen Schutz gegen rechtsextremistische Gewalttaten zu bieten. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit, dass ein solcher Notfall einmal eintreten sollte, recht gering ist, besonders bei Einrichtungen, die abends geschlossen sind, die nur geringen Publikumsverkehr haben oder die in Gegenden liegen, wo ein solches Ereignis nahezu auszuschließen ist, verpflichten sie sich, mit ihren Mitarbeitern und den regelmäßigen Nutzern der Einrichtung über die Aktion Noteingang und den virulenten gewalttätigen Rassismus und Rechtsextremismus zu sprechen. Darüber hinaus sollten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult werden, was in einem Notfall zu tun ist.

Schon bald befürchtete die Gruppe Bernauer Jugendlicher, die die Aktion Noteingang ursprünglich gegründet hatte, dass die treibende Kraft des neuen Berliner Aktionsbündnisses, Bündnis 90/Die Grünen, die Aktion zu stark für ihre parteipolitische Profilierung benützen könnte. Nach einigem strittigen Hin und Her einigten sich die Beteiligten darauf, dass sich die neue Berliner Initiative den neuen Namen „Aktion Noteingang“ geben sollte, unter dem sie bis heute firmiert.

Die Beteiligung des IB

Für den Internationalen Bund ist die Teilnahme an einem derartig politisch exponierten Bündnis nicht selbstverständlich gewesen. Zumal auch die örtlichen IB-Einrichtungen aufgerufen waren, dass sie sich aktiv an dieser Initiative beteiligen, ihre Aufkleber anbringen, mit den Beschäftigten und Kursteilnehmern darüber sprechen. Dieses Ansinnen stieß auf ein geteiltes Echo, wie Manfred Ritzau einräumt:

¹⁹ Interview mit Manfred Ritzau am 1. 8. 2002 in Berlin.

Z U M W E I T E R L E S E N

Thema: Rassismus im Alltag

Ahlheim, Klaus, Bardo Heger: Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland – empirische Befunde. Schwalbach: Wochenschau Verlag 1999.

Kalpaka, Annita, Nora Räthzel (Hg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Rassismus in Politik, Kultur und Alltag. Köln: Dreisam-Verlag 1994.

Oji, Chima: Unter die Deutschen gefallen. Erfahrungen eines Afrikaners. Wuppertal: Peter Hammer Verlag 2000.

Riepe, Regina und Gerd: Du schwarz – ich weiß. Bilder und Texte gegen den alltäglichen Rassismus. Wuppertal: Peter Hammer Verlag 1995.

Links:

www.kampagne-noteingang-berlin.de/

mit denen, die nicht in der Sonne stehen. Und die sind ja bekanntlicherweise auch stigmatisiert und werden eher angegriffen als die Leute aus dem Establishment. Unsere jungen Menschen, denen wir helfen, denen wir Brücken bauen, die sind faktisch besonders betroffen, weil sie ein Stück weit anders sind als die anderen. Und deswegen haben wir gesagt, der eine Strang ist, nach außen zu dokumentieren, dass bei uns letztendlich Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus keinen Platz haben. Wir bekennen uns öffentlich, dass wir dagegen sind. Dann haben wir natürlich die zweite Ebene, das ist die Argumentation, die interne Auseinandersetzung. Rassistische Sprüche geschehen im Alltag oft, ohne dass es die meisten Menschen reflektieren. Und das war die Zielstellung, es auch zu reflektieren.“²⁰

Die Vorbehalte in etlichen Einrichtungen, sich an dieser Initiative aktiv zu beteiligen, rührten nicht nur aus der Zurückhaltung, sich öffentlich politisch zu bekennen. Mancherorts befürchtete man wohl auch, sich Konflikte mit jugendlichen Teilnehmern oder rechtsorientierten Cliques vor Ort einzuhandeln, schließlich war es hie und da schon vorgekommen, dass „Noteingang“-Aufkleber entfernt oder beschädigt wurden.

Unterm Strich bleibt: Die Aktion Noteingang kann ein sinnvoller Anlass sein, nach außen und nach innen für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu sensibilisieren, gegen rechtsextreme Gewalt aufzutreten und demokratische Potenziale zu stärken.

„Es gibt umfangreiche Aktivitäten, vor allem in Thüringen und in Sachsen, die auch dokumentiert worden sind, und auch hier in Berlin. Es ist nicht so, dass alle Einrichtungen die Aktion übernommen haben, wir haben auch keine Pflicht daraus gemacht; ich bin auch der Auffassung, wenn ich Menschen zu bestimmten Argumenten zwingen oder das Kleben der Aufkleber der Aktion verpflichtend mache und verbindlich, dann erreiche ich nicht das, was ich will. Ich will Überzeugung, ich will, dass sich die Menschen damit auseinandersetzen. Also, das Entscheidende der Aktion Noteingang ist nicht die Tatsache, dass ich Fluchtmöglichkeiten biete, sondern dass ich mich mit einer symbolischen Aktion bekenne. Wenn ich in der Aktion Noteingang mitmache, wenn ich dieses orangefarbene Schild an meine Tür klebe, dann spreche ich mich öffentlich und deutlich gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Gewalt aus. Ich habe mich als Person, als Einrichtung, Institution geoutet. Das ist der Hintergrund. Und da gibt es natürlich auch viele, die das scheuen, die sich grundsätzlich nicht bekennen wollen.“

Wir haben mit der Initiative zwei Strategien verfolgt: Die eine Strategie ist, dass unsere Einrichtungen nach außen hin verdeutlichen, dass wir besonders mit benachteiligten und behinderten Menschen arbeiten, also

Kontakt

Internationaler Bund, Hauptstadtbüro
Manfred Ritzau
Hannoversche Straße 19a
10115 Berlin
Tel: 030-214096
Fax: 030-21409622
E-Mail:
Manfred.Ritzau@internationaler-bund.de

²⁰ Ebenda.